

LaG - Magazin

Extreme Rechte und Möglichkeiten

präventiver Bildungsarbeit

09/2016

23. November 2016

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

| | |
|---|----|
| Widerstandsschritte. Die radikale Rechte in der Bundesrepublik, zwei Jahre nach dem ersten PEGIDA-Spaziergang in Dresden. Ein Ein- und Ausblick..... | 5 |
| Widerstand gegen ein „volksfeindliches System“ | 9 |
| Perspektiven für die demokratiepädagogische Bildungsarbeit in der Schule | 13 |
| Kritische Anmerkungen zum Ansatz des Kritischen Weißseins in der politischen Bildungsarbeit..... | 17 |
| Oliver Decker, Johann Kiess, Elmar Brähler: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Universität Leipzig 2016..... | 22 |

Empfehlung Web

| | |
|-----------------------|----|
| Netz gegen Nazis..... | 26 |
|-----------------------|----|

Empfehlung Fachbuch

| | |
|--|----|
| Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg..... | 28 |
| Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD – Pegida – Gewaltnetze..... | 31 |
| Zwischen Monster und Mäuschen. Die mutmaßliche NSU-Terroristin Beate Zschäpe in der Berichterstattung..... | 34 |
| Grauzonen - Rechte jugendliche Lebenswelten in Musikkulturen..... | 37 |

Empfehlung Fachdidaktik

| | |
|---|----|
| „Geh sterben“ – Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet..... | 39 |
|---|----|

Empfehlung Zeitschrift

| | |
|--|----|
| Aus Politik und Zeitgeschichte 40-42/2016: Repräsentation in der Krise?..... | 42 |
|--|----|

Empfehlung Bildungsträger

| | |
|--|----|
| Das Mobile Beratungsteam im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung „demos“ | 45 |
|--|----|

Liebe Leserinnen und Leser, wir begrüßen Sie zum aktuellen LaG-Magazin. Diese Ausgabe zur extremen Rechten und Möglichkeiten der Bildungsarbeit widmet sich einem aktuellen und beunruhigenden Thema. Wir bedanken uns bei der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung für die Förderung dieses Magazins.

Findet derzeit ein gesellschaftlicher Rechtsruck oder eine verstärkte Polarisierung statt?

Die Einschätzungen darüber, was derzeit in Deutschland und in anderen Demokratien geschieht, gehen auseinander. Sicher ist, dass in der Bundesrepublik die Anzahl rechter Aufmärsche und Gewalttaten gestiegen ist. Viele Täter_innen, die Anschläge verüben, waren bisher juristisch unbescholten. Wie aber das Beispiel festgenommener Mitglieder der „Old School Society“ zeigt, sind auch Neonazis organisiert, zu Anschlägen bereit und entsprechend vernetzt.

Da ist es unverständlich, dass von rechtem Terrorismus nicht gesprochen wird; man fühlt sich an den Umgang mit dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ erinnert. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur Akten durch Geheimdienste vernichtet, sondern auch V-Leute an wichtige Stellen der neonazistischen Szene gebracht, die auch in Straftaten verwickelt waren. Die von Bundeskanzlerin Merkel angekündigte umfassende Aufklärung des NSU-Terrors findet bis heute nicht statt.

Im Gegenteil: Nach wie vor wird der NSU-Komplex auf die drei Personen des sogenannten Kerntrios reduziert.

Politische Bildung, aber auch historische Bildung ist in diesen Zeiten sicherlich wichtig und ein wesentlicher Bestandteil von Aufklärung. Sie findet allerdings dort ihre Grenzen, wo staatliches und gesellschaftliches Handeln die Problematik der extremen Rechten sowie von (institutionellem) Rassismus und anderen ideologischen Ausprägungen nur halbherzig benennt oder bekämpft. Gleichzeitig müssen wir davon ausgehen, dass nur ein Bruchteil derer, die für die unterschiedlichen Gida-Bewegungen auf die Straße gegangen sind und heute die AfD wählen, für Angebote der politischen Bildung erreichbar sind, wie für die herkömmlichen Medien, die als „Lügenpresse“ denunziert werden. Es muss wohl festgestellt werden, dass sich eine rechte Zivilgesellschaft etabliert hat, die die Grundlagen dieser Gesellschaft in Frage stellt.

Das LaG-Magazin kann die Gesamtproblematik nur streifen. Wir möchten Sie aber mit der Ausgabe ermuntern, sich intensiver mit den Spektren und Ideologien der extremen Rechten zu befassen und sich gegen diese vehemente Bedrohung zu engagieren. Letztlich ist die Bekämpfung der extremen Rechten sowie der flüchtlingsfeindlichen und antidemokratischen Proteste unser aller Angelegenheit. Am Montag, den 21. November ist eine neue Ausgabe der Mitte-Studien erschienen. Wegen der

Kurzfristigkeit konnte sie keinen Eingang in dieses Magazin finden. Interessierte können die Studie mit dem Titel „Die gespaltene Mitte - Feindselige Zustände“ nachlesen.

Einführend schreibt *Robert Andreasch* über die Entwicklung der extremen Rechten seit dem ersten Aufmarsch von Pegida und setzt sich mit Strategien und Akteuren der Rechten auseinander. Am Ende seines Essays wagt der Autor einen kurzen Ausblick in eine unsichere Zukunft, was die weitere Entwicklung dieses Milieus anbelangt.

Jonas Frykmann und *Christoph Schulze* richten ihren Blick auf die regionale Entwicklung in Brandenburg. Sie weisen darauf hin, dass in jenen Landkreisen, in denen besonders viele flüchtlingsfeindliche Proteste stattgefunden haben, die Anzahl an Gewalttaten ebenfalls gestiegen ist.

Ariela Feurich und *Mario Förster* zeigen Perspektiven demokratiepädagogischer Bildungsarbeit in Schulen auf. In ihrem Beitrag stellen sie das Programm „Demokratisch Handeln“ und dessen Möglichkeiten am Beispiel einer westfälischen Realschule vor.

Antirassismus und eine nicht-rassistische Bildungsarbeit sind ein Kernstück von pädagogischem Handeln gegen rechts. Doch nicht alle theoretischen Ansätze bieten hierfür ein geeignetes Rüstzeug. *Rüdiger José Hamm* setzt sich mit den Problematiken von „Kritischem Weißsein“ in der Bildungsarbeit auseinander.

Juliette Brungs hat für uns die vielbeachtete Studie „Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland“ besprochen.

Wir danken allen Autor_innen für die uns zur Verfügung gestellten Beiträge.

Das nächste LaG-Magazin erscheint bereits am 14. Dezember. Es wird sich mit „Regionalgeschichte“ befassen.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre.

Ihre LaG-Redaktion

Widerstandsschritte. Die radikale Rechte in der Bundesrepublik, zwei Jahre nach dem ersten PEGIDA- Spaziergang in Dresden. Ein Ein- und Ausblick.

Von Robert Andreasch

20. Oktober 2014: Beim ersten PEGIDA - („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) Marsch laufen rund 350 Menschen durch Dresden, am 12. Januar 2015 gehen dort fast 20 000 rechte Akteur_innen und „Wutbürger_innen“ auf die Straße. 13. März 2016: Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt geben 23,1 Prozent der Wähler_innen ihre Stimme der „Alternative für Deutschland“ (AfD).

Das Reservoir derjenigen, die aktiv auf der Straße oder bei Wahlen für eine radikal rechte Politik eintreten, speist sich aus der Vielzahl von Menschen, die hier diesbezügliche Einstellungen teilen. Die „Leipziger Mitte-Studie 2016“ zeigt deutlich, wie groß der fruchtbare Nährboden beispielsweise für rassistische oder homophobe Propaganda ist: 41,4 Prozent der Befragten gaben an, Muslimen solle die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden. 40,1 Prozent halten es für „ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen“ (Decker, Kiess, Brähler 2016).

Kitthemen

Die radikale Rechte in der Bundesrepublik ist eine ausdifferenzierte, dynamische, manchmal auch widersprüchliche Bewegung. Was sie aber eint, und das

gilt für die „Alternative für Deutschland“ bis zur neonazistischen Szene, für flüchtlingsfeindliche Bürgerinitiativen bis zu rechtsterroristischen Netzwerken gleichermaßen, sind die aufgegriffenen Thematiken. Das ist aktuell in erster Linie der auch in größeren Teilen der Bevölkerung geteilte, rassistische Hass auf Geflüchtete. Daneben haben sich auch die Abwertung Homosexueller, das Propagieren strikter Zweigeschlechtlichkeit oder das Einfordern stärkerer „nationaler Souveränität“ als „Kitthemen“ herausgeschält. Themen, die nicht nur die rechten Organisationen untereinander verbinden, sondern helfen sollen, die Kluft zwischen der radikalen Rechten einerseits und der Bevölkerung andererseits zu überbrücken.

Dramatisierung

Die Bewegung von rechts eint der Wunsch nach einem grundlegenden Wandel in der Bundesrepublik. Die herkömmlichen politischen Akteur_innen sowie zunehmend auch Journalist_innen und Kulturschaffende werden als schädlich wahrgenommen („Volksverräter!“). Man inszeniert sich als Fundamentalopposition gegen das „System“ („Merkel muss weg!“, „Nationaler Widerstand!“) und wähnt sich - in der apokalyptischen Übertreibung, die der deutschen Rechten seit jeher eigen ist - kurz vor dem „Bürgerkrieg“ gegen die als die „Anderen“ konstruierten Feinde. Das unablässig selbst geschürte Gefühl einer angeblichen Bedrohung verschafft der rechten Bewegung schließlich eine kollektive Identität. Man führt den völkischen

Kampf gegen den angeblichen „großen Austausch“ der deutschen Bevölkerung oder zieht in den Kulturkampf gegen „Islamisierung“ und „Genderwahn“. Dass man das eigene, aggressive Handeln als „Widerstand“ oder „Selbstverteidigung“ darstellen kann, scheint dabei besonders attraktiv zu sein.

Protest

Vielleicht ist das alles gar nicht so neu. Weil die Gesellschaft aber nach rechts gerückt ist, ergeben sich für die radikale Rechte plötzlich mehr Spielräume und Handlungsmöglichkeiten. An mehr und mehr Orten trifft gewissermaßen ein rechtes Angebot nun auf eine Nachfrage. Nachdem ein rassistischer und antifeministischer Mob schon seit längerem in den sozialen Netzwerken oder den Kommentarspalten deutscher Tageszeitungen die Sau rauslässt, tritt die Bewegung von rechts nun mit unterschiedlichen Formen des Protests auch auf die Straße; versucht mit Infoständen, Kundgebungen, Aufmärschen und Patrouillen den öffentlichen Raum zu besetzen. Immer wieder kommt es dabei zu Angriffen auf Gegendemonstrant_innen oder Medienvertreter_innen. Die Teilnehmer_innen rassistischer Märsche vollziehen ihr „Freund-Feind“-Denken gewissermaßen auch formal: Um uns herum stehen nur Feinde; nur wir Versammelten folgen dem gesunden Menschenverstand; und weil wir das Volk sind, haben wir Recht. Für Argumente, Diskussion und Reflektion gibt es hier keine Chance. Nein, jetzt und sofort soll der behauptete „Bürgerwille“ (Grenzen schließen, Politiker_innen verhaf-

ten etc.) - unabhängig von institutionellen und legislativen Vorgaben - umgesetzt werden. Der „Protest“ und „Widerstand“ von Bürger_innen ist hier zu einem komplett antidemokratischen Projekt geworden.

Organisationen

Es sind nicht mehr die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) oder ihre Konkurrenzparteien „Der dritte Weg“ und „Die Rechte“, die die Spitze der Bewegung bilden. Die Anhänger_innen neonazistischer Gruppen machen jedoch die Erfahrung, dass sie bei rassistischen Versammlungen oft selbstverständlich geduldet oder sogar eingebunden werden. Neonazis schließen sich mancherorts in männerbündischen „Bruderschaften“ und Hooligan-Bündnissen zusammen, die „Identitäre Bewegung“ versucht sich als attraktive, antimoderne Jugendopposition zu inszenieren. Versammlungen radikal rechter Initiativen wie PEGIDA dienen dann als Sammelbecken für die Akteur_innen der unterschiedlichen rassistischen Spektren, die sogenannten „Demos für Alle“ erfüllen den Zweck entsprechend für Homophobe und Antifeminist_innen. Als „Bewegungspartei“ gilt zunehmend die AfD. Viele ihrer Führungsfiguren versuchen, mit völkischer Hetze und reaktionärer Aufstandsrhetorik gegen die „etablierte Politik“ das Koordinatensystem noch weiter nach rechts zu verschieben.

Strategien

Neben den oft situativen, lokalen Mobilisierungen („Nein zum Heim!“) kann

man in der radikalen Rechten auch die gezielte Entwicklung längerfristiger Strategien beobachten. Mit der Gründung der sogenannten „Bürgerinitiative Ein Prozent“ beispielsweise erhoffen sich rechte Aktivist_innen, zukünftig über einen finanziellen und organisatorischen Unterbau in Größe und Diskursmacht etwa von „Greenpeace“ zu verfügen. Für „Ein Prozent“ verfasste der bekannte neurechte Vordenker und PEGIDA Redner Götz Kubitschek vom sogenannten „Institut für Staatspolitik“ im sachsen-anhaltinischen Schnellroda im Herbst 2015 sogenannte „Widerstandsschritte“ - Handlungsanweisungen für die radikale Rechte in der aktuellen Situation. Grenzaktionen und „Massendemonstrationen“ à la PEGIDA waren die ersten Kapitel, später ging es dann um Straßenblockaden („um Asyltransporte an der Weiterfahrt zu hindern“) und um „Spontandemonstrationen“, die bewusst nicht mehr bei den Behörden angemeldet werden. Der Chef der „Identitären Bewegung Österreich“, Martin Sellner (Wien), empfahl in einem Interview mit dem rassistischen „Compact“-Magazin im September 2016 der deutschen Rechten eine „Zuspitzung“ durch eine „Maidanisierung“, das heißt eine „Besetzung öffentlicher Räume durch die Opposition nach dem Vorbild der ukrainischen Hauptstadt im Winter 2013/2014“. In einem programmatischen Text „Wir werden Handeln“ rief wiederum Kubitschek im August 2016 seine Anhänger_innen auf, keinen Wert mehr auf „politische Klugheit“ zu legen. Von nun an sei ein offensives

„Handeln“ das Maß aller Dinge: „Störe die Ordnung, um die Ordnung zu bewahren“

Selbstermächtigung und Gewalt

Was heißt das, wenn ausgerechnet die staatsfixierte deutsche Rechte dazu aufruft, die Ordnung zu stören? Ihre Akteur_innen wollen offensichtlich „das Recht“ in die eigene Hand nehmen, um ihre eigenen Ordnungsvorstellungen durchzusetzen - was sie von den Behörden nicht mehr erwarten. Der Soziologe Matthias Quent hat am Beispiel rechter „Bürgerwehren“ darauf hingewiesen, dass hier ein „vigilantistischer“ Teil der Bewegung hervortritt, der sich selbst ermächtigt, unter Verletzung der Gesetze gegen Minderheiten vorzugehen. Die Gewalttäter_innen konstruierten „Ausnahmesituationen, aufgrund derer sie vermeintlich gezwungen sind, Gewalt bis hin zu Morden auszuüben“ (Quent 2016). Diese „Selbstermächtigung“ durchzieht längst die gesamte soziale Bewegung von rechts: Rassist_innen nehmen sich das Recht heraus, Menschen aus völkisch-nationalistischen Gründen zu diskriminieren. Aufgeheizte Wutbürger_innen übersetzen ihren Frust und ihren Hass zunehmend in politisches Handeln. Rassist_innen ermächtigen sich, Geflüchtete und ihre Unterkünfte anzugreifen. Im Jahr 2015 zählten allein die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in den neuen Bundesländern, Berlin und Nordrhein-Westfalen über 1.700 rechte Gewalttaten mit über 2.000 direkt Betroffenen.

Ausblick

Das lässt für die kommende Zeit nichts Gutes erwarten. Vermutlich wird es bei der „sozialen Bewegung von rechts“ nach der zu beobachtenden Phase des Aufschwungs auch zu Abschwüngen und Phasen der Stagnation kommen. Doch das Gefühl eines eventuellen Scheiterns wird bei den militanten rechten Akteur_innen - genauso wie das gegenteilige Gefühl einer zunehmenden Unterstützung aus der Bevölkerung - letztlich zu einer weiteren Radikalisierung führen. Schon einmal, das könnte man aus den Jahren vor und nach dem sogenannten „Asylkompromiss“ zwischen SPD und CSU 1992/1993 lernen, hat in einem rassistischen Klima ein Wechselspiel zwischen neonazistischer Gewalt bzw. Brandanschlägen auf Geflüchtetenunterkünfte einerseits und rassistischen Entscheidungen der Politik andererseits die Entstehung neonazistischer Terrorstrukturen wie dem späteren NSU-Netzwerk befördert.

Literatur:

Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Gießen, 2016.

Matthias Quent: Vigilantismus - die Inszenierung rechter Bürgerwehren. In: Alexander Häusler Fabian Virchow: Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments. Hamburg, 2016.

Über den Autor

Robert Andreasch studierte Humanmedizin, Soziologie und Sozialpsychologie. Seit Mitte der 1990er Jahre recherchiert und schreibt er als freier Journalist über die radikale Rechte. Derzeit dokumentiert er für die „Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München“ (a.i.d.a.) und die Initiative „NSU Watch“ den NSU-Prozess am Münchner Oberlandesgericht.

Letzte Publikation: Andreasch, Robert (2016). Terror mit Ansage. In: Önder, Tunay/Umpfenbach, Christine/Mortazavi, Azar (Hg.). Urteile. Ein dokumentarisches Theaterstück über die Opfer des NSU. Mit Texten über alltäglichen und strukturellen Rassismus. Münster: Unrast-Verlag.

Widerstand gegen ein „volksfeindliches System“. Die Entwicklung flüchtlingsfeindlicher Proteste im Land Brandenburg

Von Jonas Frykman & Christoph Schulze

Düster ist das Bild unserer Gesellschaft, das Enrico Graziani an einem sonnigen Nachmittag in der Potsdamer Fußgängerzone heraufbeschwört: Täglich werde heftiges Unrecht in Deutschland verübt, „durch das völlige, totale Versagen und an Inkompetenz nicht zu überbietende deutsche Systempolitiker“. Graziani ist eine Art Wanderprediger im „Pegida“-Milieu. An diesem Sonnabend im August 2016 gibt er den Einheizer für die „Patrioten Potsdam“: „Die Volksverräter“, ruft er auf dem Luisenplatz, „wollen ihr eigenes Volk mit Absicht auslöschen!“ „Volksverräter, Volksverräter!“ skandieren viele der knapp einhundert Anhänger_innen daraufhin. Applaus brandet auf, als Graziani sein Publikum schließlich zum „Widerstand“ aufruft: „Wir haben die Pest überlebt, so werden wir auch diese BRD-Diktatur überleben mit Merkel an der Spitze!“

Szenen wie diese spielten sich in den vergangenen zwei Jahren in vielen Orten in Deutschland ab. Die Dresdner „Pegida“-Demonstrationen, zu denen bis zu 20.000 Menschen kamen, waren das Vorbild, nach dem flächendeckend Protestbündnisse entstanden – besonders stark im Osten der Republik. Im Land Brandenburg fanden 2015 insgesamt 105 extrem rechte beziehungsweise flüchtlingsfeindliche Demons-

trationen mit einer Mindestteilnehmerzahl von 50 Personen statt. In den 15 Jahren zuvor waren es nie mehr als elf rechte Demos pro Jahr gewesen. Die Mobilisierung und inhaltliche Ausgestaltung der Proteste wurde vor allem über Facebook-Seiten und -Gruppen organisiert, die parallel zu den Demonstrationen entstanden und ihre Reichweite schnell steigerten. Etwa 85.000 „Likes“ versammeln die rund einhundert einschlägigen brandenburgischen Seiten inzwischen auf sich.

Begleitet wurde die Zunahme der Proteste von Gewalt: Die Opferberatungsstelle „Opferperspektive“ meldete 203 rechte Gewalttaten in Brandenburg im Jahr 2015 – so viele, wie seit 15 Jahren nicht mehr. Bemerkenswert ist, dass in den Landkreisen, in denen besonders viele rechte Demonstrationen stattfanden, auch deutlich mehr Gewalttaten verübt wurden. In Nauen (Havelland) beispielsweise marschierten seit dem Frühjahr 2015 monatlich um die einhundert Flüchtlingsgegner_innen auf; parallel häuften sich Anschläge auf Büros und Autos von demokratischen Politiker_innen und in der Flüchtlingshilfe engagierten Vereinen. Schließlich wurde im August 2015 eine als Notunterkunft für Flüchtlinge vorgesehene Turnhalle durch einen Brandanschlag zerstört. Ende November 2016 beginnt der Prozess gegen die Tatverdächtigen – unter ihnen ein Nauener NPD-Funktionär.

Vom Protest zum „Widerstand“

Seit dem Frühjahr 2016 nehmen die Anzahl und Größe der Demonstrationen ab.

Gleichzeitig werden die Versammlungen zunehmend von Neonazis dominiert, und immer öfter sind Delegationen anderer Protestbündnisse zu Gast. In Rathenow etwa waren im Herbst 2015 noch bis zu 600 Personen den Aufrufen des „Bürgerbündnisses Havelland“ zu Demonstrationen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen gefolgt. Ein Jahr darauf war die Zahl auf 50 Teilnehmer_innen geschrumpft. Unter ihnen waren nun aber Anhänger_innen von „Bärgida“ aus Berlin, der „Bürgerbewegung Altmark“, der „Brigade Magdeburg“ sowie der Partei Alternative für Deutschland (AfD). Die Demonstrationen dienen zunehmend der Vernetzung mit Gleichgesinnten; zu beobachten ist auch, dass die vertretenen Inhalte radikaler geworden sind. Es geht bei diesen Versammlungen nicht (mehr) um einen Protest von Anwohner_innen, die Mitsprache darüber fordern, wo, wie und wie viele Flüchtlinge untergebracht werden. Die Unzufriedenheit mit der Asylpolitik der Bundesregierung soll sich nach dem Willen der Protagonist_innen vielmehr zu einem fundamentalen „Widerstand“ gegen das demokratische System entwickeln. Dazu passt auch, dass die Zahl der Gewalttaten gegen Flüchtlinge und ihre Helfer_innen in der ersten Jahreshälfte 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum noch zugenommen hat.

Bis 2014 waren bei Straßenaktionen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen fast ausschließlich Anhänger_innen und Aktivist_innen aus einem Milieu zwischen NPD, Kameradschaften, „Der III. Weg“, „Die Rechte“, Hooligans und

Rechtsrockfans. Das hat sich 2015 geändert. Sowohl als Organisator_innen wie als Teilnehmer_innen von Demonstrationen sind Bürger_innen aktiv geworden, die keine Verbindung zu diesen rechtsextremen Organisationen haben. Die meisten der Protestbündnisse betonen auch, dass sie lediglich für den „gesunden Menschenverstand“ und für „Demokratie“ einträten. Auf Vorwürfe, sie verträten vielmehr rechtes Gedankengut, reagieren sie mit Verweisen auf die Meinungsfreiheit und beklagen sich darüber, dass sie „als Nazis diffamiert“ würden.

In der Tat waren es, wenn 2015 „Bürgerbündnisse“ auf die Straße gingen, vielfach organisierte Rechtsextreme, die Banner mitbrachten oder sich um die Lautsprecher-technik kümmerten. Die NPD hatte ihre Kader aufgefordert, bei den Protesten die eigene Gesinnung aus taktischen Gründen zu verheimlichen. So trat Manuela Kokott mehrfach als Rednerin auf und sprach, als sei sie eine „besorgte Bürgerin“ und nicht eine erfahrene NPD-Aktivistin. Hauptfigur des brandenburgischen „Pegida“-Ablegers „Brandenburger für Meinungsfreiheit und Mitbestimmung“ (BraMM) war der bis Februar 2015 amtierende Landesvorsitzende der Rechtsaußenpartei „Die Republikaner“, Heiko Müller. In Frankfurt (Oder) warb das örtliche Protestbündnis mit der Parole „Freundliches Frankfurt“ für seine Aktionen – die Initiator_innen gehören zum Umfeld der radikalen Neonazi-Partei „Der III. Weg“. Trotz dieser Verquickungen wäre es ein Fehlschluss, die Proteste insgesamt als

getarnte Neonazikampagne zu werten. Vielen Sprecher_innen der neuen Bürgerinitiativen kann man ohne Weiteres eine rassistische Haltung gegenüber Muslimen und Flüchtlingen attestieren; dem klassischen Neonazimilieu entstammen sie aber nicht. In Golßen im Spreewald etwa protestierte im Mai 2015 eine Bürgerinitiative gegen die im Ortsteil Zützen vom Landkreis vorgesehene Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und forderte „mehr Bürgerbeteiligung“ und „dezentrale Unterbringung“. Aus dieser Bürgerinitiative ging im Lauf des Jahres die Gruppe „Zukunft Heimat“ hervor, die wesentlich schärfer argumentiert: „Gegen die Auflösung unseres Volkes“ müsse man eigenhändig „Widerstand leisten“, da man von den „Blockparteien“ nichts erwarten dürfe, war in einer Facebook-Stellungnahme zu lesen. Bis zu 800 Personen kamen zu den Demonstrationen dieser Gruppe; für kleine Städte wie Lübbenau und Vetschau sind das gewaltige Zahlen.

Perspektive soziale Bewegung von rechts?

Ob die Mobilisierung und Politisierung solcher Initiativen in eine „soziale Bewegung von rechts“ münden wird, wie sich dies die Stichwortgeber_innen und Vordenker_innen aus dem Umfeld der rechten Zeitschriften „Junge Freiheit“ und „Compact“, der „Identitären Bewegung“ und dem Rechtsaußen-Flügel der AfD vorstellen, ist offen. Die rückläufigen Teilnehmerzahlen zeigen jedenfalls, dass sich allein durch wiederkehrende De-

monstrationen dauerhaft nicht so viele Menschen mobilisieren lassen, dass eine solche Dynamik entstünde. Bei den Demonstrationen von „Zukunft Heimat“ fiel – neben der zeitweise sehr hohen Beteiligung – der Grad an Vernetzung auf, den die Spreewälder Gruppe innerhalb der Neuen Rechten erreicht hat: Die Initiative kooperiert mit der AfD, mehrere Parteifunktionäre traten als Redner in Erscheinung. Das Netzwerk „Ein Prozent“, das eine nationalistische Sammlungsbewegung in Deutschland schaffen will, war bei den Demonstrationen ebenso vertreten wie die neurechte Jugendgruppe „Identitäre Bewegung“. Bei Konferenzen von Compact wird darüber diskutiert, wie sich die losen Zusammenschlüsse in festere organisatorische Formen übertragen ließen, und ob spektakuläre Aktionen, wie die kurzfristige Besetzung des Brandenburger Tors im August 2016 durch Mitglieder der „Identitären Bewegung“, eine erfolversprechende Taktik sein könnte. Auch mit Versuchen, neue Protestthemen zu erschließen, ist zu rechnen. Nicht selten wurde bei den Aktionen in den letzten Monaten gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA Stellung bezogen. Opposition zur momentan im Land diskutierten Kreisgebietsreform dürfte ebenfalls als Kampagnenthema infrage kommen. Die Führung der brandenburgischen AfD hat sich dies jedenfalls schon auf die Fahnen geschrieben.

Positionierung zur AfD

Das Verhältnis zur AfD ist für die weitere Entwicklung der Protestbündnisse ein wichtiger Faktor. Der Landesvorsitzende

der Partei, Alexander Gauland, hat seinen Verband auf Fundamentalopposition festgelegt. Mit dem Besuch einer „Pegida“-Demonstration in Dresden und zuletzt mit einer an Mitglieder der „Identitäre Bewegung“ gerichteten Einladung zum Eintritt in seine Partei zeigt er demonstrativ Nähe. Die AfD, die bei den Landtagswahlen im September 2014 12,2 Prozent der Stimmen erreichte, setzt sich bei den Demonstrant_innen auch aktiv als Bewegungspartei in Szene: Ihre Abgeordneten treten als Redner_innen bei Demonstrationen auf, die AfD veranstaltet auch eigene Kundgebungen gegen „Asylchaos“. Das kommt durchaus an. Der Anführer des zuvor auf „Überparteilichkeit“ achtenden „Bürgerbündnisses Havelland“ posierte im Oktober 2016 demonstrativ mit AfD-Funktionären. Die Unterstützung flüchtlingsfeindlicher Demonstrationen dient der Partei, um ihr Image als Protestpartei zu pflegen; erkennbar geschadet hat ihr dies bislang nicht. In Umfragen liegt die AfD auf Landesebene bei einem Stimmenanteil von 20 Prozent; sie wäre damit hinter der SPD die zweitstärkste Kraft. Allerdings halten gleichzeitig 60 Prozent der Befragten in Brandenburg die Inhalte der Partei für verfassungswidrig.

Über die Autoren

Jonas Frykman arbeitet für das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Das Aktionsbündnis besteht aus 75 Bürgerinitiativen, Verbänden und Persönlichkeiten des Landes Brandenburg und hat seinen Sitz in Potsdam.

Christoph Schulze ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungs- und Dokumentationsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien in Potsdam.

Perspektiven für die demokratiepädagogische Bildungsarbeit in der Schule

Von Arila Feurich & Mario Förster

Augenblicklich steht die demokratische Gesellschaft vor vielfältigen Herausforderungen: Demonstrationen, die eine hasserfüllte und menschenfeindliche Stimmung erzeugen, Versäumnisse der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit den Taten des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ sowie der Umgang der europäischen Staaten mit Zuflucht suchenden Menschen sind nur einige exemplarische Auszüge. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob dies bereits Zeichen für eine Gefährdung der Demokratie sind. Sie zeigen, dass die demokratische Ordnung einer Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit ist, da das demokratische Politisch-Sein der Menschen nicht vorausgesetzt werden kann. Die Erhaltung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Errungenschaften gleicht einer unendlichen Aufgabe. Eine Diskussion möglicher Konsequenzen und Antworten auf die Frage nach der Verantwortung des Einzelnen sowie der demokratiebildenden Kräfte ist überfällig und notwendig, um das Aufwachsen junger Menschen verantwortungsvoll und verantwortungsbewusst zu gestalten. Eine pro-demokratische, professionelle Haltung muss für Akteure in pädagogischen Arbeitsfeldern eine grundlegende Kompetenz ihres beruflichen Wirkens sein. Eine Auseinandersetzung aller an Bildung Beteiligten darüber

ist erforderlich, um unter den gegenwärtigen Bedingungen demokratieförderliche Bildungsprozesse auszulösen und unterstützen zu können.

Tatsächlich gibt es schon immer Schulen, die Lernstätten praktizierter Demokratie sind und so einen maßgeblichen Beitrag zur Prävention menschenfeindlicher Einstellungen leisten. Von den zahlreichen Beispielen einer gelungenen Auseinandersetzung erfährt die Öffentlichkeit jedoch nur wenig. Es obliegt oftmals dem individuellen Engagement der pädagogischen Fachkräfte, sich dem Thema zu widmen oder nicht. Das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ zeigt in diesem Themenfeld beispielgebende pädagogische Arbeit auf. Aufgrund des über 25-jährigen Bestehens gilt es als langjähriger Erfahrungsträger und wird nachfolgend vorgestellt. Daran schließt sich die Beschreibung eines Schulprojektes an, das sich mit aktuellen demokratiefeindlichen Tendenzen kreativ auseinandergesetzt hat.

Ein Förderprogramm für Jugend und Schule

Der Wettbewerb Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ stärkt seit 1989 demokratische Haltung und Kultur und ist für alle allgemeinbildenden Schulen, Jugendarbeit sowie freie Initiativen in Deutschland ausgeschrieben. Ein Anlass zur Etablierung des Wettbewerbes war die Neugründung der Partei der „Republikaner“ Ende der 1980er Jahre, die nationalistisches und ausländerfeindliches Gedankengut vertrat und bei Wählerinnen und Wählern

in dieser Zeit Zuspruch fand. Die Sorge um Anziehungskraft und Einfluss demokratische- und menschenrechtsfeindlicher Gruppierungen in der Politik, besonders bei Heranwachsenden, ist daher ein beständiges Motiv. Im Rahmen der Ausschreibung des Wettbewerbs können Kinder und Jugendliche alleine, in Gruppen oder zusammen mit Erwachsenen/pädagogischen Fachkräften Themen, die sie bewegen und an denen sie arbeiten, vorstellen. Die eingereichten Dokumentationen werden jährlich von einer Fachjury begutachtet sowie schließlich ca. 50 Projekte ausgewählt, die beispielgebendes zivilgesellschaftliches und politisches Engagement auszeichnet. Sie werden zur Teilnahme an einer Kreativtagung, der „Lernstatt Demokratie“, eingeladen. Im Rahmen dieser haben die Preisträger_innen die Möglichkeit, ihre Arbeit, den damit verbundenen Prozess und bereits erreichte Ergebnisse zu präsentieren. Darüber hinaus können sie gemeinsam mit anderen Teilnehmenden und Experten_innen an Themen und Formen demokratischen Engagements weiterarbeiten und neue Ideen aufnehmen. Um jedes Engagement zu würdigen, wird im Rahmen des Auszeichnungsprozesses auch Öffentlichkeit hergestellt, in dem die Projekte in einem jährlich erscheinenden Band sowie in einer online zugänglichen Datenbank publiziert werden.

Seit der Gründung des Förderprogramms haben sich bereits über 5.600 Initiativen beteiligt, die ein breites Themenspektrum widerspiegeln. Überwiegend widmen sie

sich dem gesellschaftlichen Zusammenleben. Über historische Zugänge, alltägliche Betroffenheit oder politisches Interesse erfolgt die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung in der Schule und darüber hinaus.

Weltoffen und bunt – Die Städtische Realschule Waltrop

Das Projekt „Weltoffen und bunt“ der Städtischen Realschule im westfälischen Waltrop beispielsweise setzte sich 2015 mit aktuellen, antidemokratischen Strömungen auseinander. Ein halbes Jahr lang arbeiteten die Schülerinnen und Schüler jeder Jahrgangsstufe fächerübergreifend zu unterschiedlichen Aspekten dieses Bereiches. In der Waltroper Innenstadt präsentierten sie ihre Arbeit, kamen mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch und entfalteten auf ihre eigene, kreative und junge Art durch „Kunst im städtischen Raum“ Wirkung.

Das Projekt ist bereits das vierte im Wettbewerb dokumentierte Projekt der Schule, das demokratisches Engagement mit Öffentlichkeit in der Demokratie verbindet. Ziel ist, „gegen Rechts“ ein Zeichen zu setzen und die Alternative einer humanen, pluralen und offenen Gesellschaft zu beschreiben, aber auch einzufordern – indem man sich an deren Gestaltung aktiv beteiligt.

Der Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 2015 lag auf der Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen antidemokratischen Strömungen, die auch und gerade im Ruhrgebiet kaum zu übersehen sind.

Die Schülerinnen und Schüler entschieden sich für eine künstlerische Umsetzung ihres Anliegen. Sie vertraten die These, dass Kunst Türen öffnen kann, um der Demokratie und der demokratischen Haltung Eintritt zu gewähren. Ein halbes Jahr lang arbeitete die gesamte Schule in jeder Jahrgangsstufe fächerübergreifend. Sie bearbeiteten aktuelle Herausforderungen, vor denen die Demokratie steht: „PEGIDA“, „Flüchtlingspolitik in Europa“ und einer damit verbundenen Kritik, „Terrorismus“, „Meinungsfreiheit“, „Rechtsextremismus“, „Vorurteile“ und „Diskriminierung“. Alle Themen fanden Resonanz in einer künstlerischen Idee und deren individueller Variation.

Die Kinder und Jugendlichen gestalteten Flaggen zu den Themen, entwickelten ein Gegenlogo zu „PEGIDA“, mit dem sie die Menschen zum Nachdenken über die wirklichen „Alternativen für Deutschland“ anregen wollten. Weiterhin gestalteten sie Litfaßsäulen mit persönlichen Briefen, die dazu aufforderten, sich für demokratische und humanistische Werte einzusetzen, die aber auch zuließen, die eigenen Ängste zum Ausdruck zu bringen. Darüber hinaus zierten kreative „Gestaltungen des Bundesadlers“ und eine Deutschlandkarte in bunten Farben die Litfaß-Säulen. Ihr Ziel: Die Kunst für die Vielfalt in der Bundesrepublik sprechen zu lassen.

Auch andere künstlerische Ausdrucksformen wurden gewählt: Ein selbst geschriebener Rap mit dem Titel „Demokratie – Unsere Strategie“, der in einem

Tonstudio aufgenommen wurde, und eigens entworfene Demokratiebuttons flossen in das Projekt ein. Im Juni 2015 wurden die Kunstwerke und alle mit dem Projekt verbundenen Aktivitäten in der Waltroper Innenstadt öffentlich vorgestellt. Mit einem Schweigemarsch zogen die Schülerinnen und Schüler von ihrer Schule in die Innenstadt. In der Innenstadt sprachen die Kinder und Jugendlichen Passantinnen und Passanten an und erklärten die von ihnen durchgeführte Aktion. Sie verbreiteten ihre Botschaft individuell sowie auf einer Bühne, verlasen persönliche Briefe an die Demokratie, führten den Demokratie-Rap live auf und verkauften die Demokratie-Buttons. Die Initiative fand die Aufmerksamkeit der Presse und der Öffentlichkeit: Zahlreiche Zeitungen berichteten über die Ereignisse in der Innenstadt. Zudem wurde das Projekt mit dem ersten Preis des „Wettbewerbs der Bürgerstiftung 2015“ sowie 2016 mit dem „Hildegard Hambrücher Förderpreis für Demokratie lernen und erfahren“ ausgezeichnet.

Im Rahmen dessen haben sich die Beteiligten mit realpolitischen Problemen, die sie in ihrem Umfeld und ihrer Stadt beobachteten, kreativ auseinandergesetzt. Sie haben demokratiefeindliche Strömungen wahrgenommen und sie zum Anlass genommen, die Vorzüge und Chancen der Demokratie aufzuzeigen. Dafür erarbeiteten sie in einem demokratischen Prozess einen künstlerischen Weg, um die Menschen ihrer Stadt auf die vielfältigen demokratiegefährdenden Themen und Tendenzen

aufmerksam zu machen und einen Denkprozess anzustoßen. Nebst der kooperativen und auf Mitbestimmung, Absprachen, Toleranz und Öffentlichkeit zielenden Anlage des Projekts ist die Dimension der „Öffentlichkeit“ eine besondere in Waltrop: Die ästhetischen Teilprojekte zeigen sich als Elemente öffentlicher Verständigung in der Demokratie. Die Kunst verbindet sich mit einer politischen Aussage, einem pro-demokratischen Statement und wird abschließend in die städtische Öffentlichkeit getragen. Hierbei beeindruckt auch der Mut der Schülerschaft und der sie betreuenden Lehrkräfte. Denn im Forum einer Kleinstadt begegnen solche Initiativen nicht ungeteilter Zustimmung.

Fazit

Das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ belegt, dass es in der Praxis vielfältige Ansätze demokratischen Handelns gibt. Eine Vielzahl der dokumentierten Einsendungen zeigt auf, dass gerade im Bereich der präventiven Bildungspraxis die Projektarbeit als Methode geeignet erscheint, Themen auch in ihrer größtmöglichen Komplexität zu behandeln. Im Fachunterricht allein ist das aufgrund der zeitlichen Beschränkung nur selten möglich. Vorzüge projektorientierter Bildungsarbeit sind beispielsweise die umfangreichen Interaktionsformen, die zur Stärkung der Kommunikation und sozialen Kompetenzen beitragen. Der Umgang mit Konflikten, Herausforderungen und Schwierigkeiten kann geübt und gleichsam Gelegenheiten zur Festigung des Selbstwertgefühls und

der Erfahrung von Selbstwirksamkeit gegeben werden. Hinzu kommen Perspektivwechsel und Rollenhandeln, sowohl bei den Kindern und Jugendlichen als auch den pädagogischen Fachkräften. Projektarbeit ermöglicht die Gestaltung einer realen Lernumgebung, bei der Wissen mit praktischen Erfahrungen verbunden wird.

Die Website des Förderprogramms „Demokratisch handeln“ findet sich unter folgendem [Link](#).

Über die Autor_innen

Arila Feurich, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Wettbewerb Förderprogramm „Demokratisch Handeln“. Arbeitsschwerpunkte: Demokratiepädagogik, Schulentwicklung, Bildungslandschaften. Kontakt: feurich@demokratisch-handeln.de

Mario Förster, M.A., Koordinator des Aktionsplans Demokratiebildung Thüringen und Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Projekt „ViDem“. Arbeitsschwerpunkte: Demokratiepädagogik, Schulentwicklung, Politische Bildung. Kontakt: m.foerster@demokratiebildung-thueringen.de

Kritische Anmerkungen zum Ansatz des Kritischen Weißseins in der politischen Bildungsarbeit

Von Rüdiger José Hamm

Seit geraumer Zeit hat der Ansatz der Kritischen Weißseinsforschung (Critical Whiteness) Einzug in die deutschsprachige antirassistische und rassismuskritische Bildungsarbeit [1] (Melter/Mecheril 2009) gehalten. In unterschiedlichen Bildungsformaten (Workshops, Fortbildungen und Trainings) werden Critical Whiteness-Kurse oft in Kombination mit Empowermentworkshops durchgeführt. Zum Ziel haben derartige Veranstaltungen einerseits für Weiße die Sichtbarmachung einer als sozialem Konstrukt definierten und privilegierten Weißen Position gegenüber einer (ohnmächtigen) Schwarzen bzw. People of Color (POC)-Position und andererseits die Stärkung von POC im Sinne der Herstellung eines geschützten Raums sowie der Konstruktion einer POC-Gemeinschaft und Geschichte.

In diesem Beitrag sollen einige Hauptaspekte der theoretischen Herangehensweise der Kritischen Weißseinsforschung und die Rezeption des Ansatzes in der politischen Bildungspraxis kritisch hinterfragt werden, da der Critical Whiteness-Ansatz mittlerweile eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung mit Rassismus in Deutschland eingenommen hat. Dieser Umstand erscheint insofern erstaunlich, als dass Wulf D. Hund den Ansatz als

„perspektivisch eingeschränkt“ bezeichnet und damit eher als ein Randphänomen innerhalb der Rassismusforschung verortet. Kritik am Ansatz wurde bereits von einigen Forscher_innen geäußert (Karakayali/Tsianos/Karakayali: 2012). Nora Räthzel zum Beispiel stellt zur Einteilung von Weiß und Schwarz/POC in der Kritischen Weißseinsforschung fest: „Der Rassisierung der Anderen wird die Rassisierung der dominanten Gruppe(n) gegenübergestellt (...) Solche Formulierungen kommen schon sehr nah an die Naturalisierung phänotypischer Merkmale, wenn selbst die Marginalisierten qua Hautfarbe unaufhebbar zur dominanten Gruppe erklärt werden. Was hier völlig fehlt, ist ein zentraler Punkt der Rassismusforschung, nämlich die Erkenntnis, dass es sich bei Rassismus um eine »relationale« Beziehung handelt. Das heißt: jemand, der oder die in einem bestimmten gesellschaftlichen Kontext subordiniert ist, kann in einem anderen übergeordnet sein.“ (Räthzel 2012: 207).

Liegen hier also (ungewollt) rassistische Denk- und Handlungsweisen innerhalb des Ansatzes vor?

Critical was?

Die Kritische Weißseinsforschung hat um das Jahr 2005 breitere Öffentlichkeit in Deutschland erlangt und stammt ursprünglich aus us-amerikanischen Antirassismusdebatten der 1980er Jahre (Eggers/Kilomba/Piesche/Arndt 2005). Im Kern der Theorie steht die Annahme,

dass Weißsein ein soziales Konstrukt darstellt, das die Macht von Weißen gegenüber Schwarzen und People of Color legitimieren und aufrechterhalten soll. Weißsein sei ein Machtkomplex, der sich aus unterschiedlichen Aspekten wie Gender, Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung etc. zusammensetze. Die rassifizierte Abstammung fungiert hierbei als eine Art Hauptwiderspruch. Der Ansatz möchte den Blick weg vom rassifizierten Anderen auf das Weiße Wir richten. Laut Susan Arndt ist Rassismus eine Strategie, mit der „Weiße aus einer weißen, hegemonialen Position heraus Schwarze und People of Color“ (Ebd.: 341) diskriminieren. Der Beginn des Weißseins als Machtposition wird im europäischen Kolonialismus verortet. Das während des Kolonialismus entstandene Wissen ist bis heute wirksam und prägt das Verhältnis von Weißen und POC bzw. rassistische Positionierungen.

Weiß vs. POC – ist doch so, oder?!

Die Konstruktion des Weißseins kommt notwendigerweise nicht ohne eine Konstruktion des Gegenüber, des Schwarzseins aus. Betrachtet man eine Definition von People of Color im deutschsprachigen Raum, die oft in der rassismuskritischen und anti-rassistischen Forschung und Bildungsarbeit unhinterfragt herangezogen wird, erscheint es erstaunlich, dass diese nicht bereits scharf kritisiert wurde. Kien Nghi Ha setzt den Begriff People of Color mit Schwarz gleich und definiert: „People of Color bezieht sich auf alle rassifizierten Menschen, die in unterschiedlichen Anteilen über afrikanische,

asiatische, lateinamerikanische, arabische, jüdische, indigene oder pazifische Herkünfte und Hintergründe verfügen.“ (Ha 2007:37). Unklar bleibt bei dieser Definition, was Ha unter „unterschiedlichen Anteilen“ versteht: ob diese Anteile sich auf eine biologische Abstammung oder kulturelle Herkunft – oder beides – beziehen. Im Prinzip wird hier eine imaginäre Gemeinschaft auf Basis rassifizierter Kriterien konstruiert. Die an anderer Stelle von Nora Räthzel kritisierte Naturalisierung des Verhältnisses von Weiß und Schwarz innerhalb des Critical Whiteness-Ansatzes wird auch hier deutlich. Mehr noch: Die Definition von Ha ist nicht nur rassifizierend und damit rassistisch, weil sie sich auf biologische Abstammungen und/oder Kultur bezieht, sondern sie ist zudem in sich unlogisch. Der Begriff „lateinamerikanisch“ zum Beispiel ist zu komplex, als ihn quasi als Schwarz oder POC zu bezeichnen. Nach dieser Definition, wäre der chilenische Ex-Diktator und Massenmörder Augusto Pinochet ein POC – und damit ein Opfer von Rassismus. Die vielfältige Geschichte der lateinamerikanischen Region in Bezug auf Rassismus, wird von Ha ignoriert. Aber auch die deutsche Geschichte, Antisemitismus und die Shoah werden offensichtlich ignoriert: Alle Jüdinnen und Juden werden per Definition kurzerhand zu People of Color bzw. Schwarzen erklärt. Hiermit werden nicht nur Antisemitismus und Rassismus gleichgesetzt (Hamm 2010: 246ff.), sondern angesichts der historischen nationalsozialistischen Rassengesetzgebung drängt sich hier die Frage auf, was Ha unter

„unterschiedlichen Anteilen“ – nicht nur – bei Jüdinnen und Juden versteht? Zudem besaß und besitzt der Rassismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen in Deutschland eine stark völkische Komponente, die mit einer ausschließlichen Betrachtung der deutschen Kolonialgeschichte nicht zu fassen ist (Poliakov 1993).

Folgen für die Praxis

Welche Konsequenzen hat das für die bildungspolitische Praxis? Zum Teil werden bei solchen Veranstaltungen die Teilnehmenden in zwei Gruppen eingeteilt: a) in die Weiße Gruppe, die sich mit Hilfe von moralischen Appellen und quasi mittels eines Schuldeingeständnisses ihrer privilegierten Rolle und der Tatsache bewusst werden soll, dass sie als Weiße die Rassist_innen, also die Täter_innen, sind und vom rassistischen System aufgrund des Weißseins profitieren; und b) in die POC- Gruppe, die per Definition nicht rassistisch sein kann und sich in einem „geschützten Raum“ über Rassismuserfahrungen austauschen und empowern soll. Ab und an wird zudem eine Schwarze Geschichte (z.B. mit Rückgriff auf Malcolm X oder die deutsche Publikation „Farbe bekennen“ (Oguntoye/Opitz/Schultz 1997) konstruiert, die eine imaginäre Gemeinschaft schaffen soll. Es wird also Identitätspolitik betrieben. Diese Vorgehensweise erzeugt (nicht nur) bei vielen Teilnehmenden Verwunderung bis hin zu Abwehr. Denn bereits die Einteilung in diese Gruppen ist problematisch, wenn Menschen sich nicht in Weiß oder POC einteilen lassen wollen oder können, was zum Beispiel bei Menschen

mit bi- und multiethnischer Herkunft [2] der Fall sein kann (Root 1992 und Olumide 2002). Zudem werden in derartigen Veranstaltungen zum Teil und in diverser Gemengelage auch verkürzt Ansätze aus der Intersektionalitätstheorie herangezogen und miteinander verwoben, jedoch nicht konsequent eingehalten, da Aspekte wie Gender, sozialer Status, Staatsangehörigkeit, sexuelle Orientierung etc. zwar erwähnt werden, aber eher als Nebenwidersprüche fungieren.

Im Resultat derartiger Veranstaltungen werden Menschen häufig überwältigt und verschreckt. Der Standard der politischen Bildung in Deutschland, der Beutelsbacher Konsens (Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und die Teilnehmendenorientierung), scheint nicht berücksichtigt zu werden.

Es gibt aber auch andere Folgen: Weiße benutzen die Auseinandersetzung mit Critical Whiteness als eine Art Beleg für die eigene vermeintlich kritische und bewusste Auseinandersetzung mit Rassismus. Der Theorie zufolge können sie aber gar nicht frei von Rassismus sein und besitzen unweigerlich eine Machtposition. Es verwundert schon, dass sich diese Menschen besonders häufig dadurch hervortun, dass sie anderen Redeverbote erteilen und paternalistisch erläutern, was es mit Rassismus eigentlich auf sich hat. Hiermit wird Dominanz über andere ausgeübt – gleich ob Weiß oder POC. Menschen, die sich nicht als POC definieren wird in der Regel unterstellt, das richtige Bewusstsein nicht erlangt und Rassismus internalisiert zu haben. Insofern ist

Literatur

fraglich, ob wirklich geschützte Räume, hergestellt werden, wenn sich Menschen für die eigene Selbstdefinition rechtfertigen müssen oder ausgeschlossen werden, weil sie den anderen POC als „zu hell“ und damit Weiß erscheinen.

Zum Abschluss

Angesichts der Erkenntnisse in der politischen Bildung kann ein Ansatz weder anti-rassistisch noch rassistuskritisch sein, der auf moralischer Schuldzuweisung, der Konstruktion einer an rassifizierten Kriterien ausgerichteten imaginären Gemeinschaft im identitätspolitischen Sinne und der Missachtung der Komplexität der (deutschen) Geschichte sowie der Rassismusforschung basiert.

Polarisierungen zwischen Weißen und POC, die jedwede Diskussion im Keim ersticken, können keine konstruktiven anti-rassistischen Impulse setzen. Vor allem in Zeiten der öffentlichen Revitalisierung rassistischer Denk- und Handlungsweisen wäre es eher angebracht, den Schulterchluss mit allen Menschen zu suchen – unabhängig von ihrer Herkunft. Rassismus in Deutschland ist zu wirkungsmächtig und lebensbedrohend, als das er nicht konsequent bekämpft werden muss. Rassismus und Diskriminierung geht alle Menschen etwas an. Wir sind als Menschen alle davon betroffen, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise.

Arndt, Susan (2005): Mythen des weißen Subjekts: Verleugnung und Hierarchisierung von Rassismus, In: Eggers, Maureen Maisha / Kilomba, Grada / Piesche, Peggy / Arndt, Susan (Hrsg.) (2005): Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland, Münster: 341.

Diskussion Die Rezeption von Critical Whiteness hat eine Richtung eingeschlagen, die die anti-rassistischen Politiken sabotiert, In: ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 575 / 21.9.2012.

Ha, Kien Nghi (2007): People of Color – Koloniale Ambivalenzen und historische Kämpfe, In: Ha, Kien Nghi / Lauré al-Samarai, Nicola / Mysorekar, Sheila (Hrsg.): re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland. Münster: Seite 37.

Hamm, Rüdiger José (2010): >Antisemitismus< und >Rassismus<, in: Nduka-Agwu, Adibeli / Hornscheidt, Antje Lann (Hg): Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen, Frankfurt a.M.: 246ff.

Karakayali, Jule / Tsianos, Vassilis S. / Karakayali, Serhat und Ibrahim, Aida (2012): Decolorise it!

Melter, Claus / Mecheril, Paul (Hrsg.) (2009): Rassismuskritik. Rassismustheorie und –forschung, Schwalbach / Ts.

Oguntoye, Katharina/Opitz, May/Schultz, Dagmar (Hrsg.) (1997): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Frankfurt a. M.

Poliakov, Léon (1993): Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus, Hamburg.

Räthzel, Nora (2012): 30 Jahre Rassismusforschung. Begriffe, Erklärungen, Methoden, Perspektiven. In: Jäger, Margarete / Kauffmann, Heiko (Hrsg.), Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis, Münster: Seite 207.

Fußnoten

[1] Die Debatte über die Unterschiede von Antirassismus und Rassismuskritik kann an dieser Stelle nicht ausgeführt werden. Zur Einführung siehe (Melter / Mecheril 2009).

[2] Menschen mit biethnischer Herkunft bezieht sich auf Menschen, deren Eltern zwei sozial konstruierten Nationen / Ethnien angehören. Z.B. Deutsch-türkisch, deutsch – lateinamerikanisch, deutsch – afrikanisch, deutsch - asiatisch etc. Menschen mit multiethnischer Herkunft bezieht sich auf Menschen, deren Eltern mehreren sozial konstruierten ethnischen Gemeinschaften angehören. Z.B. Tiger Woods, dessen Vater afroamerikanischer, chinesischer und indigener (Native American) Herkunft ist und dessen Mutter thailandischer, chinesischer und niederländischer Herkunft ist (Root 1992) und Olumide (2002).

Über den Autor

Rüdiger José Hamm, Jahrgang 1975,
Diplom-Politologe.

Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland.

Von Juliette Brungs

Das erste Missverständnis liegt in der Interpretation des Titels

Von Professor Klaus Schroeder (FU Berlin) wurde der Titel der Studie in einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk vom 15. Juni 2016 als „reißerischer Titel, der Aufmerksamkeit bringen soll“ bezeichnet. Dabei fokussiert die Studie allerdings gerade nicht den Anteil der Menschen, in deren Einstellung sich eine rechtsextreme Ideologie wiederfindet. Sie widmet sich vielmehr der Untersuchung des Ausmaßes an Radikalisierung in autoritären-rechtsextremen Milieus und ist aus diesem Grunde so benannt worden. Dass wir zudem gesellschaftlich eine Radikalisierung erleben konnten, dürfte angesichts der seit 2015 von diversen Gida-Bewegungen organisierten Versammlungen und Demonstrationen, sowie anderer gesellschaftlicher Verschiebungen niemand bestreiten wollen.

Durchführung und Finanzierung der Studie

Seit 2002 werden die Mitte-Studien im zweijährigen Rhythmus durchgeführt. Von 2006 bis 2012 wurden sie in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD-nah) als Teil des bei ihr angesiedelten Projekts „Gegen Rechtsextremismus“ durchgeführt. Die

Studie von 2014 entstand in Kooperation mit dem Meinungsforschungsinstitut USUMA. Seit 2016 finanzieren die oben genannten Stiftungen die Erstellung, deren Datenerhebung weiterhin USUMA liefert.

Die Unterstellung

Von den Kritikern wird der Studie per se eine Voreingenommenheit für linke Positionen unterstellt. Professor Schroeder nennt die Studie „interessengeleitet“. Jasper von Altenbockum bezeichnete in der FAZ die „Leipziger Arbeitsgruppe“ als eine, „die mit Adorno, Horkheimer, Marcuse und Fromm ihren antifaschistischen Weg“ gehe, „der unter den Deutschen den ‚autoritären Charakter‘ aufspüren will“ (Was ist Rechtsextremismus? Die enthemmten Wissenschaftler, FAZ, 17.06.2016). Altenbockums Verwendung stereotyper antisemitischer Anwürfe gegen die von ihm so genannten „enthemmten Wissenschaftler“ ist frappierend, wenn auch nicht überraschend. Denn selbstverständlich waren alle genannten Theoretiker des Institutes für Sozialforschung jüdischer Herkunft. Angelehnt an eine übernommene Rhetorik steht dieses Faktum hier als Synonym für „un-deutsch“, „bolschewistisch“ und selbstverständlich „enthemmt“ ob in Theorie oder Sexualität. So lässt sich allerdings heute nicht mehr öffentlich unkommentiert, unkritisiert oder ungestraft denunzieren. Altenbockum versucht den Ansatz der auf soziologischen Standards basierenden Untersuchung mit dem schlecht versteckten Vorwurf, sie wolle etwas „aufspüren“ (das demnach ja gar

nicht da sei) zu brandmarken. Er sagt damit zugleich: Den Deutschen würde von „enthemmten Wissenschaftlern“ in ‚benannter (jüdisch-marxistischer) Tradition‘ eine Neigung zum Autoritären untergeschoben. Damit schließt Altenbockum an bekannte deutsche Entschuldigungsdebatten an und hat sich selbst aufgrund von tendenziöser Unsachlichkeit aus der sachlich geführten Debatte entfernt.

Die Studie

Bei den „Mitte“-Studien handelt es sich um Repräsentativerhebungen, das heißt, jedes relevante soziodemographische Merkmal in der Bevölkerung hat in der Stichprobe (2000-5000 Probanden) die gleiche Chance, in die Stichprobe einzugehen. Im Zentrum der Studie steht der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung, der diese im Hinblick auf Chauvinismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und NS-Verharmlosung abfragt. Zu jeder dieser Dimensionen erhielten die Befragten drei Aussagen, die mit Hilfe einer fünfstufigen Skala zu bewerten waren. Es werden in jeder Erhebungswelle weitere Fragebögen zur politischen Einstellung miterhoben, so z.B. zur Akzeptanz der Demokratie. Mit zusätzlichen Fragebögen wurden 2016 Einflüsse auf die politischen Einstellungen wie beispielsweise zur politischen und sozialen Deprivation, Verschwörungsmentalität und Autoritarismus untersucht und dabei Indikatoren der gesellschaftlichen Prozesse und des Funktionierens der De-

mokratie gewonnen. Mit weiteren sechs Items einer Kurzskala beleuchteten die Wissenschaftler_innen Akzeptanz von und Verhaltensbereitschaft zu Gewalt. Diese zusätzlichen Fragebögen dienten der gezielten Prüfung von Hypothesen zur politischen Lage, sowie der Gewinnung von Erkenntnissen zu gesellschaftlichen Prozessen. Der in der Studie verwendete schriftliche Fragebogen bestand aus zwei Teilen, von denen der erste, soziodemographische, gemeinsam mit dem_r Interviewer_in, der zweite aus Diskretionsgründen eigenständig zu beantworten war.

Die Resultate wiesen seit Beginn der Studien deutlich darauf hin, dass rechtsextreme Einstellungen in allen Bevölkerungsschichten anzutreffen sind; dabei erreichte seit Jahren die Ausländerfeindlichkeit in Ost und West besonders hohe Zustimmungswerte. Diese schlugen sich bisher jedoch nicht in Mobilisierungsverhalten nieder, d.h. auch diese potentiellen Wähler waren bis dato an die großen Volksparteien angebunden geblieben.

Wichtige Ergebnisse der Studie 2016 sind einerseits, dass Rechtsextreme in der AfD nun eine Heimat gefunden haben und zunehmende Radikalisierung, Gewaltbereitschaft und Polarisierung unsere Gesellschaft erfassen. Hinzukommt, dass sich eine starke Ausprägung rechtsextremer Einstellungen unter Pegida-Anhängern, sowie ein hoher Anteil rechtsextrem Eingestellter bei jungen Erwachsenen in Ostdeutschland nachweisen lässt. Das heißt zugleich, dass der Anteil an Menschen, „bei denen

sich rechtsextreme Ideologie in der Einstellung wiederfindet“, seit 2006 eher gesunken ist, zugleich aber „in den autoritär-rechtsextremen Milieus eine Radikalisierung“ stattfindet (Die Leipziger „Mitte-Studie 2016 – Eine Stellungnahme, S.2).

War ein gesellschaftlicher Trend eventuell durchaus wahrnehmbar, so liefern diese Ergebnisse doch den im weitesten Sinne im Bildungsbereich Tätigen wertvolle und nützliche empirische Daten.

Die Kritik

Die Studie ist in der Öffentlichkeit in Aufbau, Durchführung und Ergebnis mitunter scharf angegriffen worden, durchaus mit dem Ziel, sie zu diskreditieren. Erhebungen dieser Art arbeiten mit fachspezifischem Handwerkzeug, statistischen Überprüfungen und Indikatoren, welche wie oben beschrieben die Fragebogengüte sicherstellen sollen. Die Kritik ließ mitunter den Einblick in diese üblichen statistischen Methoden vermissen. Zugleich wurden der Studie Suggestivfragen oder unzureichende Formulierungen unterstellt. Das Verfahren der Studie beruht auf für diese Art Befragungen üblichen Standards. Teststatistische Überprüfung der in beiden Studienreihen verwendeten Aussagen sind standardisiert, die Items entstammen zum Teil der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) und anderen nationalen und internationalen Vergleichsuntersuchungen. Der Cronbachs Alpha, der die innere Konsistenz einer Studie misst, liegt für die Mitte Studie 2016 bei sehr guten 0.94.

Gemessen werden hierbei eben nicht die Beantwortung der Aussagen, sondern die ihnen innewohnenden Tendenzen, mit dem letzten Ziel, ein Konstrukt zu erfassen. Für eine beispielhafte Beschreibung der Kritik verweise ich aus Platzgründen auf die als PDF im Internet abrufbare Reaktion der Wissenschaftsgruppe „Die Leipziger Mitte-Studie 2016 – Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Eine Stellungnahme“.

Fazit und Empfehlung

Die Studie zeigt wissenschaftlichen Standards entsprechend seit mehreren Jahren kontinuierlich Bewegungen im Bereich deutscher Zustände und Befindlichkeiten. Sie knüpft damit an die unter Wilhelm Heitmeyer an der Universität Bielefeld entwickelten und regelmäßig durchgeführten Erhebungen und Untersuchungen „Deutsche Zustände“ an. Wie in den Sozialwissenschaften üblich, werden anhand pauschalisierender Statements Tendenzen bestimmt: im vorliegenden Fall wird testübergreifend untersucht, inwieweit die Probanden in ihren Antworten eine Tendenz aufzeigen, indem sie einer generalisierenden Aussage oder einem Vorurteil zustimmen oder diese/s ablehnen.

Die Studie sollte, wer thematisch im Bereich arbeitet, unbedingt zur Kenntnis nehmen. Sie reiht sich in die vorangegangenen Studien ein und dokumentiert die gesellschaftlichen Verschiebungen seit 2014. Die Studie ist ein guter Gradmesser und liefert einige wichtige Richtwerte.

Es hilft uns nicht, wenn wir die politischen Bewegungen in der Gesellschaft über- oder unterinterpretieren. Die Leipziger Studie „Die enthemmte Mitte“ dokumentiert den aktuellen wissenschaftlichen Beobachtungsstand zum antidemokratischen Potential in unserer Gesellschaft und erläutert die Ergebnisse in kurzen Artikeln. Sie ist schlicht gesagt ein Standardwerkzeug für alle Demokrat_innen.

Über die Autorin

Dr. Juliette Brungs promovierte 2013 an der University of Minnesota in Minneapolis zu politisch interventionierender Gegenwartskunst und -literatur. Sie forscht in den Bereichen German-Jewish Studies, Trauma Studies und Performance Studies. Seit 2014 ist sie bei der Stiftung SPI als Beraterin beschäftigt, seit 2015 im Projekt der BBS »Annedore« tätig.

Netz gegen Nazis

Von Christian Schmitt

Typisch für Rechtsextremismus im 21. Jahrhundert ist, dass mit dem Internet ein kaum kontrollierbarer Raum existiert, in dem beliebig viele Informationen und Gedanken verbreitet werden können. Dort stehen sie mitunter ungeprüft und unwiderlegt und bergen so ein gefährliches Potential zur Radikalisierung insbesondere junger Menschen. Alleine auf Facebook sprießen seit etwa zwei Jahren die Gruppen aus dem Boden, in denen tausende Menschen fremdenfeindliche und rassistische Gedanken austauschen. Mindestens ebenso gefährlich sind journalistische Angebote wie die „Junge Freiheit“, die in einem scheinbar seriösen und objektiven Rahmen rechtsextreme Ideologie verbreiten.

Dank der Amadeu-Antonio-Stiftung gibt es mit dem Webportal „Netz gegen Nazis“ ein Gegengewicht zu diesen Inhalten im Netz. 2008 von ZEIT Online ins Leben gerufen, versammelt es in den vier Ressorts „Wissen“, „Handeln“, „Lexikon“ und „Presseschau“ Informationen zum Thema Rechtsextremismus und wie man sich gegen ihn zur Wehr setzen kann. Das Portal erreichte von Beginn an viele Menschen; im Jahr 2015 waren es durchschnittlich fast 180.000 Benutzer im Monat.

„Wie erkenne ich einen Neonazi?“ Symbolik, Codes und Kleidung

Jedes Ressort besteht aus weiteren Unterressorts, die regelmäßig aktualisi-

ert werden. Damit ist die Seite stets auf tagespolitischem Stand. So finden sich im Bereich „Wissen“ zur Zeit Artikel über die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und die Reaktionen, Auswirkungen und Parallelen, die auch in Deutschland zu beobachten sind. Darüber hinaus gibt es Grundlagentexte, die etwa über das Wirken rechtsextremer Parteien inner- und außerhalb der Parlamente oder über die Auswüchse und Strategien rechter Gewalt aufklären. Auch Interviews mit Experten aus Wissenschaft und Praxis sind in diesem Bereich verfügbar.

Wissenswertes gibt es außerdem über Symbolik, Codes, Kleidung und Musik von Rechtsradikalen sowie die Netzwerke, Bündnisse und Parteien, in denen sie organisiert sind. Am Beispiel „Kleidung“ lässt sich zeigen, wie umfassend die Seite ist: Alle gängigen Bekleidungsmarken der Szene sind hier samt ihrer Geschichte und Bedeutung aufgelistet.

„Was kann ich tun?“ Tipps für Zivilcourage

Das Ressort „Handeln“ gibt Antworten auf eine Vielzahl von Fragen, die auch die eigene Courage betreffen: Was kann ich gegen rechte Hetze im Internet unternehmen? Wie reagiere ich, wenn Neonazis in meiner Stadt eine Demonstration angemeldet haben? Wo gibt es Hilfe für Opfer rechter Gewalt, wo für Aussteiger aus der rechten Szene?

Debatten über die Präventionsarbeit gegen Antisemitismus finden sich hier ebenso wie eine nützliche Linksammlung, die

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

Argumente gegen flüchtlingsfeindliche Diskurse bündelt.

Das Lexikon beinhaltet eine schier unerschöpfliche Auswahl an Themen. Hier finden sich Artikel zu Akteuren, Orten und Ereignissen aus der Zeit des Nationalsozialismus, zu Debatten um den Nationalsozialismus in der Zeit nach 1945, zu Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland, aktuellen Organisationen und Personen aus dem rechten Spektrum und zu vielem mehr. Die Presseschau rundet das Informationsangebot ab und sammelt täglich Nachrichten zu rassistischen Übergriffen, rechtsextremer Politik oder Gegenmaßnahmen von Justiz und Polizei.

Zusammenfassung

Das „Netz gegen Nazis“ ist eine im positiven Sinne kaum zu überblickende Sammlung von Informationen, Hintergründen und Debatten. Mit seinem umfassenden Angebot bietet das Portal stets aktuelle Information und Aufklärung für verschiedene Ziel- und Altersgruppen. Wer sich aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren will, lernt hier, wie. Dank der Aktualität der Seite eignet sie sich aber ebenfalls für Nutzer, die sich einfach über das Thema Rechtsextremismus auf dem Laufenden halten wollen.

Das Internetportal Netz gegen Nazis ist über folgenden [Link](#) zu erreichen.

Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg

Von Frederik Schetter

Im aktuellen Magazin wird in unterschiedlichen Beiträgen die Thematik des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ behandelt. Der seit Mai 2013 laufende Prozess gegen Beate Zschäpe wirft viele Fragen auf und es verfestigt sich zunehmend der Eindruck, dass Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt bei ihren Taten keineswegs auf sich allein gestellt waren, sondern vielmehr durch ein weitverzweigtes Netzwerk von militanten Neonazis unterstützt wurden. Dies und eine aus ihrer Sicht nicht ausreichende Aufarbeitung der Thematik in Brandenburg nahmen Heike Kleffner und Anna Spangenberg 2014 zum Anlass, sich mit der militanten Neonaziszene in speziell diesem Bundesland publizistisch auseinanderzusetzen. Der so entstandene und 2016 veröffentlichte Sammelband „Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg“ zeichnet nicht nur die Entwicklung dieses Netzwerks seit den frühen 1990er Jahren nach, sondern wagt auch einen Ausblick.

Die in dem Sammelband zu Wort kommenden Autor_innen sind ausnahmslos Personen, die sich in unterschiedlichen Kontexten – journalistisch, publizistisch, rechtlich oder bildungspolitisch – seit Jahren und teils Jahrzehnten in ihrer praktischen Arbeit mit der rechtsextremen Szene, mit militanten Neonazis und speziell mit der

Situation in Brandenburg auseinandersetzen. Die insgesamt 16 thematischen Beiträge des Buches sind dabei in die vier Kapitel „Anfänge“, „Militante Netzwerke“, Die Rolle des Staates“ und „Rückblicke und Ausblicke“ strukturiert.

Vernetzte Gewalt

Das erste Kapitel analysiert in vier Beiträgen die Basis von militantem Neonazismus in Brandenburg und zeichnet die Formierung und Entwicklung einer nationalsozialistischen Bewegung nach. Besonders anschaulich stellt dabei Gideon Botsch dar, wie sich in den 1980er Jahren ein – von westdeutschen Neonazis beeinflusster – spezifisch ostdeutscher Rechtsextremismus herausbildete, der sich seit der Wendezeit zunehmend politisierte und organisierte sowie sich in die sogenannte „gesamtdeutsche ‚Nationale Opposition‘“ (S. 61) eingliederte.

Die zentrale Bedeutung der Pogromszenen von Hoyerswerda (Sachsen) und Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) arbeitet David Begrich heraus. Die in diesen „Urszenen des rassistischen Flächenbrandes in Ostdeutschland“ (S. 12) gemachte „biographische Erfahrung, rassistischen Einstellungen in der Gesellschaft nicht nur Gehör zu verschaffen, sondern sie auch durchsetzen zu können“ (S. 43), sieht Begrich als generationsstiftendes Element der rechtsextremen Szene und liefert so eine überzeugende Begründung für den Titel des Sammelbandes.

Das zweite Kapitel setzt sich in sechs Beiträgen mit konkreten Gruppen militanter Neonazis in Brandenburg wie beispielsweise der sogenannten „Nationalistischen Front“ oder dem sogenannten „III. Weg“ und mit ihren zentralen Personen auseinander. Die Autor_innen arbeiten dabei nicht nur die Netzwerke der 1990er und 2000er Jahre heraus, sondern heben – soweit möglich – auch jeweils hervor, wie sich die militanten Gruppen in den letzten Jahren entwickelten und welche Rolle zentrale Personen aktuell im Kontext von Demonstrationen gegen Geflüchtete spielen. Neben der feststellbaren Radikalität, Gewaltbereitschaft und Brutalität der analysierten Gruppen sind vor allem zwei Aspekte hervorzuheben: Erstens die enge und kontinuierliche Vernetzung der Gruppen und Personen untereinander – isolierte Gruppen waren die Ausnahme. Zweitens die wiederkehrende Problematik der V-Leute, die besonders bei der Betrachtung der Person Carsten Szecepanski deutlich wird.

Der Verfassungsschutz als Problem

Die Karriere des V-Manns Szecepanski bildet dementsprechend die Basis zweier von drei Beiträgen im dritten Kapitel, die sich mit der Rolle von Verfassungsschutzbehörden auseinandersetzen. Anschaulich und detailliert zeichnet Dirk Laabs die Karriere Szecepanskis als V-Mann nach und arbeitet die fehlende Weitergabe von Informationen durch Verfassungsschutzbehörden an die Polizei als ein „Kernproblem des V-Mann-Wesens“ (S. 194) heraus. Der Frage, ob die vom NSU ermordeten Menschen noch

leben könnten, wenn Verfassungsschutzbehörden von Szecepanski erhaltene Informationen an die Polizei weitergegeben hätten, geht Antonia von der Behrens nach. Es wird in dem Beitrag auf nachvollziehbare und gut begründete Art deutlich, warum sie dies als Anwältin der Hinterbliebenen des vom NSU ermordeten Mehmet Kubaşık für wahrscheinlich hält, es jedoch aufgrund fehlender Aussagen der Verfassungsschützer im NSU-Prozess nicht letztendlich belegen kann.

Diesen zwei Beiträgen vorangestellt ist Christoph Kopkes Analyse der brandenburgischen Polizei, welche durchaus positiv ausfällt. Nach anfänglichen Fehlern und Überforderung anfangs der 1990er Jahre stellt Kopke eine schrittweise Verbesserung und konsequentere Unterbindung und Aufklärung rechtsextremer Straftaten fest, sieht in dem aktuellen Gewaltanstieg und den wieder steigenden Straftaten jedoch „erhebliche Herausforderungen“ (S. 180).

Gefährliche Aufbruchsstimmung

Auf ebendiese Herausforderungen und die aktuelle Situation geht das vierte Kapitel ein. Besonders empfehlenswert sind dabei zwei Interviews, die zum einen mit dem Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, Erardo Cristoforo Rautenberg, und zum anderen mit der Theologin Almuth Berger sowie der ehemaligen Polizeipräsidentin von Eberswalde, Uta Leichsenring, geführt wurden. Die beiden lesenswerten und aufschlussreichen Interviews bieten nicht nur Einblicke in vergangene und

aktuelle politische Prozesse, sondern eröffnen darüber hinaus auch eine sehr persönliche Perspektive.

In einem letzten inhaltlichen Beitrag des Kapitels wagt die Journalistin Andrea Röpke daran anschließend einen Ausblick und warnt davor, dass sich einzelne Personen und Kleingruppen aufgrund der in der rechtsextremen Szene vorherrschenden Aufbruchsstimmung und angesichts einer sehr geringen Aufklärungsquote bei Anschlägen auf Flüchtlingsheimen zu Gewalttaten ermutigt fühlen.

Den thematischen Beiträgen des Sammelbandes schließt sich ein informativer und sehr übersichtlich gestalteter Anhang an. Besonders hervorzuheben sind dabei zwei Punkte: Durch kurze Angaben über die an dem Sammelband beteiligten Autor_innen wird den Leser_innen die Möglichkeit gegeben, sich über die den jeweilige_n Autor_in eines Beitrages zu informieren und so auch einzuschätzen zu können, aus welcher Perspektive der Beitrag verfasst wurde. Der zweite hervorzuhebende Aspekt ist die von Christoph Schulze verfasste Chronik über „Das Jahrzehnt der Glatzen“. Von Januar 1990 bis zum Ende des Jahres 1999 listet Schulze detailliert die für die Entwicklung der militanten Neonaziszene in Brandenburg relevanten Daten und Ereignisse auf und liefert so einen kompakten, aber informativen Überblick.

Zusammenfassung

Mit dem Buch ist den beteiligten Personen der Spagat gelungen, die Entwicklung der

militanten Neonaziszene Brandenburgs in ihrer Tiefe detailliert zu analysieren, ohne aktuelle Prozesse dabei zu vernachlässigen. In begründeter und nachvollziehbarer Form liefert der Sammelband zudem auch ein Plädoyer dafür, die Rolle des Staates im Bezug auf militante Neonazis zu überprüfen und zu überdenken.

In anderen Beiträgen des aktuellen Magazins wird der Einfluss von rechtsextremem Gedanken- und Gewaltpotential auf rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien herausgearbeitet. „Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg“ liefert eine differenzierte und deutliche Analyse darüber, was dieser Einfluss in der Praxis bedeuten kann. Angesichts von auch in Brandenburg zunehmenden rechtsextremen Gewalttaten ist der Sammelband somit aktueller denn je.

Literatur:

Heike Kleffner, Anna Spangenberg (Hrsg.): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, be.bra Verlag, Berlin-Brandenburg 2016, 20 €.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD – Pegida – Gewaltnetze

Von Christian Schmitt

Aktuell, im November 2016, positioniert sich der ultrarechte Parteiflügel der AfD um Björn Höcke für die Bundestagswahl im kommenden Jahr. In Baden-Württemberg etwa streben bereits mehrere Kandidat_innen einen Platz auf der AfD-Landesliste an, die sich unschwer dem völkisch-rassistischen Lager zuordnen lassen. Ihre Chancen stehen gut. Es ist die Fortsetzung einer Entwicklung, die spätestens mit dem Parteitag 2016 die Rechtsextremen zur bestimmenden Kraft in der AfD gemacht und die Nähe zu Pegida und neonazistischen Organisationen gefestigt hat. Wie erschreckend eng rechtspopulistische Politik, wütende Bürgermärsche und rechtsradikale Terrornetze miteinander verknüpft sind, zeigt Hajo Funke in seinem aktuellen Buch „Von Wutbürgern und Brandstiftern“.

Der emeritierte Politikwissenschaftler versteht sein Werk als Warnung, die eskalierende rechte Gewalt in Deutschland nicht zur Normalität werden zu lassen. Um die aktuellen Dimensionen des Rechtsextremismus aufzuzeigen und die ihm zugrunde liegenden Ideologien zu enttarnen, hat er Veröffentlichungen und Reden aus dem rechten Milieu studiert, Presseartikel gesammelt und wissenschaftliche Studien ausgewertet. Auf dieser Grundlage bilanziert er einerseits die Ausmaße der Gewalt gegen muslimische Migranten seit 2014 und analysiert

Empfehlung Fachbuch

andererseits Wesen und Wirken von Pegida, AfD und anderen rechtsextremen Organisationen.

Gewalteskalation einzigartig in Westeuropa

Unsicherheit unter dem Eindruck internationaler Krisen, Unzufriedenheit mit der eigenen Situation in einer neoliberalen Abstiegsgesellschaft – Funke nennt verschiedene Ursachen für den Rechtsruck, der sich aus einem Gefühl der politischen und gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit speist und dessen Akteure sich als einzige Alternative zur unbeweglichen Politik der Großen Koalition inszenieren.

Die Leipziger Mitte-Studie kam jüngst zu dem Ergebnis, dass etwa 26 Prozent der Deutschen antidemokratische und 41 Prozent antimuslimische Haltungen vertreten. Gerade Angehörige der ersten Gruppe lehnen Gewalt häufig nicht ab, sodass es insbesondere im Osten Deutschlands zu immer mehr Übergriffen und Anschlägen kommt. Ein solches Gewaltpotential ist im westlichen Teil von Europa einzigartig. Die dramatische Entwicklung bringt der Autor mit dem Erstarken der AfD in Verbindung, deren Parolen auf immer breitere Zustimmung stoßen und dem gewaltbereiten Spektrum damit Legitimation verschaffen.

Pegida: Verschwörungsfantasien rechtfertigen alle Mittel

Funke fasst die Verschwörungsfantasien vieler Pegida-Anhänger_innen zusammen: Der bevorstehende Austausch der europäischen Bevölkerung durch eine islamische

Invasion, geplant und durchgeführt von arabischen Staaten, europäischen Regierungen, den Medien und weiteren, nicht näher bekannten Mächten. Dieses Weltbild rechtfertigt die Gründung von Bürgerwehren und ist scheinbar mit der Pflicht verknüpft, sich mit allen Mitteln gegen die als gefährlich wahrgenommene Anwesenheit von Flüchtlingen zu wehren. Oft fungieren rechts-extreme Organisationen wie die NPD bei Demonstrationen von Pegida als Veranstalter und verstecken ihren Extremismus hinter der Fassade bürgerlicher Besorgnis.

Wie Pegida und seine Ableger auf die Gesellschaft Einfluss nehmen, zeigt Funke an den Beispielen Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. So transportiert die Bewegung in Sachsen fremdenfeindliche Einstellungen, die sogar in Teilen der dort regierenden CDU verbreitet sind. Mitglieder der sächsischen Unionspartei begreifen Pegida „als Chance auf ‚eine ehrliche Debatte zu Asyl, Zuwanderung und Identität‘“ (S. 60). In Mecklenburg-Vorpommern bemühen sich NPD-Funktionär_innen anders als in anderen Bundesländern gar nicht erst, ihre Beteiligung an MVgida zu verschleiern, lassen ihrem Antiparlamentarismus dort freien Lauf und beschimpfen den deutschen Staat als „Judenrepublik“. Im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf sind die Zuwanderungsproteste von Bärigida so erfolgreich, dass selbst minderjährige Helfer in Notunterkünften eingeschüchtert und bedroht werden.

Björn Höcke treibt den AfD-Vorstand vor sich her

Sehr aufschlussreich sind Funkes Ausführungen zum Wandel der AfD von einer eurokritischen Wirtschaftspartei zum parlamentarischen Arm von Pegida. Während manche den Bundesvorstand um Frauke Petry und Jörg Meuthen noch als gemäßigt wahrnehmen, sind es mittlerweile andere Kräfte, die in der Partei den Ton angeben. Angeführt von Björn Höcke treibt „der Flügel“, wie sich die radikalste Strömung innerhalb der AfD selbst bezeichnet, den Parteivorstand vor sich her. Höcke propagiert ein völkisches, auf deutscher Abstammung beruhendes Selbstbestimmungsrecht und stößt bei den AfD-Mitgliedern auf so viel Zuspruch, dass elementare Positionen des „Flügels“ in diesem Jahr offiziell im Parteiprogramm fixiert wurden. Dass Höckes Agitation darüber hinaus an nationalsozialistische Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen anknüpft, scheint nur wenige zu stören. Darüber hinaus treten auch die als gemäßigt geltenden Funktionär_innen wie Frauke Petry oder Beatrix von Storch regelmäßig als rhetorische Brandstifter_innen in Erscheinung.

Viele AfD-Mitglieder bewegen sich im Umfeld rechtsradikaler Netzwerke oder bekunden zumindest Sympathien für diese. Funke gibt zahlreiche Beispiele, in denen bekannte AfDler mit Organisationen wie den „Identitären“ oder dem „Institut für Staatspolitik“ in Verbindung gebracht wurden. Der Verlagsinhaber Götz Kubitschek etwa unterstützt beide in publizistischer Form,

tritt als Redner bei Pegida-Demonstrationen auf und unterhält Kontakte zur AfD-Prominenz. Die Anhänger der „Identitären Bewegung“ und des „Instituts für Staatspolitik“ sehen sich im Bürgerkrieg mit den westlichen Regierungen und beschwören den „teutonischen furor“, um aus einem endzeitlichen Kampf als Sieger hervorzugehen.

Letzte Chance: Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Für die zivile Arbeit gegen Rechtsextremismus kommt Funke zu einem ernüchternden Ergebnis. Als Beispiel dient hier das 1997 gegründete Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Die Initiatoren stellten bei der Evaluation des Projekts resigniert fest, dass die Entfremdung von der Demokratie in einem Teil der Gesellschaft so weit fortgeschritten ist, dass viele Menschen kaum mehr zu erreichen sind. Und so kam es in Brandenburg bereits 2007 zu einem neuen Spitzenwert rechter Gewalt, bis diese 2015 regelrecht explodierte.

Die einzige Möglichkeit, den Rechtsruck zu bremsen und Fremdenhass künftig wirksam vorzubeugen, sieht Funke anderswo und beendet sein Buch mit einem Plädoyer für einen neuen und gerechteren Gesellschaftsvertrag. Bezahlbaren Wohnraum, eine chancengleiche Bildungspolitik, faire Entlohnung und angemessene Unterstützung von Langzeitarbeitslosen nennt er als Voraussetzungen, um in Zukunft wieder demokratische Beteiligungsmotive schaffen zu können. Schließlich fordert er ein

Ende der EU-weiten Austeritätspolitik, um „Europa als Nachkriegsprojekt der Integration“ (S. 166) zu retten.

Zusammenfassung

Die Verbindungen zwischen AfD und neonazistischen Organisationen lassen sich leicht zusammenfassen: Der dominierende Flügel innerhalb der Partei sieht sich selbst als parlamentarischen Arm von Pegida, einer Bewegung, die maßgeblich von der NPD und anderen Bündnissen unterstützt wird. Hajo Funke zeigt die Einflussmöglichkeiten dieses Netzwerks und bringt die bedrohlichen Ideologien ans Licht, die ihm zugrunde liegen. Auch wenn das Buch nicht immer einer schlüssigen Struktur folgt, leistet es eine umfassende wie alarmierende Bestandsaufnahme des rechtsextremen Gedanken- und Gewaltpotentials in Deutschland.

Literatur:

Hajo Funke: Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD – Pegida – Gewaltnetze, Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2016. 184 Seiten, 16 Euro.

Zwischen Monster und Mäuschen. Die mutmaßliche NSU-Terroristin Beate Zschäpe in der Berichterstattung

Von Ingolf Seidel

Der Prozess gegen die vermutliche Rechts-terroristin Beate Zschäpe zieht sich inzwischen über dreieinhalb Jahre. In ihren beiden Aussagen vor dem Münchner Gericht unter dem Vorsitzenden Manfred Götzl versucht sich Zschäpe als unwissende Mitläuferin der Mordtaten und Anschläge von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt darzustellen. Für die Nebenklagevertreter Alexander Hoffmann und Dr. Björn Eberling stellt die Aussage der Angeklagten von 9. Dezember 2015 für „in mehrfacher Hinsicht eine krasse Grenzüberschreitung und eine Verhöhnung der Opfer“ dar (Nebenklage im NSU-Prozess, 09.12.2015). Zschäpe stellt sich hier als emotional abhängig von ihren beiden Freunden dar und verfolgt damit eine Strategie der Selbstviktimisierung (vgl. NSU-Watch, Protokoll 249. Verhandlungstag). Gleichzeitig schützt die Angeklagte mögliche weitere Mitbeteiligte am NSU-Komplex und stützt so die kaum zu haltende Linie, der Bundesanwaltschaft und Richter Götzl unbeirrt anhängen, der Nationalsozialistische Untergrund hätte nur aus drei Personen bestanden.

Beate Zschäpe als Monster

Diese Prozesstaktik Zschäpes korrespondiert teilweise mit der Berichterstattung über sie. Charlie Kaufhold, Autorin von »In guter Gesellschaft? Geschlecht, Schuld und

Abwehr in der Berichterstattung« über Beate Zschäpe hat zwei Grundzüge der Darstellungsweise herausgearbeitet, denen Artikel über die Angeklagte in verschiedenen Medien folgen. Dabei handelt es sich um die Kategorien „dämonisierende Feminisierungen“ und „bagatellisierende Feminisierungen“ (S.7). Für die erste Darstellung steht die Schlagzeile der BILD-Zeitung zum Prozessbeginn im Mai 2013 „Der Teufel hat sich schick gemacht“ (S.21), der einer rein auf das Aussehen von Zschäpe reduzierten Charakterisierung folgt (vgl. S. 24). In einem Artikel auf SPIEGEL Online heißt es über Zschäpe: „Eine gesellige Frau, die auch bei Urlauben des Trios die Nähe zu anderen Campnern suchte“ (S.33). Die Terroristin in der Reproduktionsfunktion. Durch „vergeschlechtlichte Bilder“ (S.34) wird Zschäpe „dämonisiert und von der Norm abgerückt“ (S.34), um diese Norm diskursiv herzustellen und „eine Unvereinbarkeit von Zschäpes alltäglichem zwischenmenschlichen Verhalten und den genannten Taten nahegelegt“ (S.33).

Bagatellisierung durch Feminisierung

Kaufholds zweite Kategorie sind „Bagatellisierende Feminisierungen in der Darstellung über Beate Zschäpe“ (S.38). Hierunter fallen Zeitungsberichte, welche die Beteiligung von Zschäpe, meist spekulativ, an den Aktionen des NSU herunterspielen. So zu lesen in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom November 2011, in dem es unter anderem heißt: „In dieser Dreierbande muss Uwe Mundlos der Chef

gewesen sein. Beate Zschäpe, zwei Jahre jünger als Mundlos, sei ein ‚liebes Mädels‘ gewesen und ein paar Jahre seine Freundin“ (S.41) Auch die vergeschlechtlichte Darstellung Zschäpes in der BILD-Zeitung von Mitte November „Die Nazi-Braut galt als heißer Feger“ (S. 45) fällt in dieses Analyseraster, wie auch Darstellungen, die das Verhalten mit einer zerrütteten Kindheit begründen und die mutmaßliche Rechts-terroristin entlasten sollen. In den bagatelisierenden Darstellungen sieht Kaufhold die Funktion, Zschäpes Taten als weniger relevant darzustellen und somit eine Identifizierung mit ihr für die weiße Mehrheitsgesellschaft zu ermöglichen. Kaufhold kommt zu dem einleuchtenden Schluss, dass beide Darstellungsmodi der Abwehr von Schuld dienen und die Mehrheitsgesellschaft entlasten sollten von ihrer Verantwortung für den verbreiteten, auch institutionellen Rassismus. Die Berichterstattung hat somit eine gesellschaftliche Sinnstiftungsfunktion.

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Doch die Autorin geht in ihrer Analyse noch einen Schritt weiter. Im dritten Teil des Buches untersucht sie Darstellungsweisen nationalsozialistischer Täterinnen in der direkten Nachkriegszeit. Auch hier macht Kaufmann die beschriebenen Darstellungsweisen aus. Sie konstatiert: „Jeweils ist die Weiblichkeit und damit verbunden die Sexualität der Angeklagten ein zentraler Bezugspunkt. (...) Statt einer Auseinandersetzung mit den eigentlichen Taten und Tatmotiven wird das (...) persönliche,

moralische und sexuelle Verhalten der Angeklagten ins Zentrum der Berichterstattung gestellt.“ (S.67) So werden durch die Derealisation der Vergangenheit Schuldgefühle und in der Folge Verantwortung-übernahme verhindert. Vielmehr sieht Kaufhold ein „narzisstisches Berührungstabu“ (S. 72) in der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und vor allem mit der Beteiligung der deutschen Bevölkerung, am Wirken, dass bis heute über die Generationen tradiert wird. Die Mechanismen der Darstellungen von NS-Täterinnen sind strukturell denen ähnlich, die sich in der aktuellen Berichterstattung über Beate Zschäpe finden.

Für eine Veränderung dieser Strukturen sei, so Kaufhold, eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den eigenen Familiengeschichten notwendig, die tiefer gehen müsste, als die bisherige und die nicht von Abwehr und Nivellierung geprägt seien dürften. Die Auseinandersetzung mit Genderfragen kann dabei helfen, bisher „blinde Flecken“ zu thematisieren.

Charlie Kaufholds Verdienst ist es, mit ihrer diskursanalytisch angelegten Arbeit auf knappem Raum darzulegen, wie mediale Mechanismen der Verharmlosung von Beate Zschäpe wirken und wie sich die Mehrheitsgesellschaft durch Feminisierungen und Dämonisierungen selbst als scheinbar stabile Mitte konstruiert. Darüber hinaus macht ihre Perspektive deutlich, in welchem Ausmaß die sexualisierte Darstellung von extrem rechten Täterinnen zu

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

ihrer Verharmlosung beiträgt. Angesichts der zunehmenden Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik, die begleitet ist von homophoben und heterosexistischen Ausfällen und Rückgriffen auf Bilder von angeblich „normalen“ Familienkonstruktionen, ist es überfällig, sich gesamtgesellschaftlich wesentlich stärker als bisher mit solchen Normierungsforderungen auseinanderzusetzen, ohne die Problematik auf „Andere“, hiermit sind in der Regel Geflüchtete gemeint, zu verlagern und zu projizieren.

Das empfehlenswerte Buch kann unter folgendem [Link](#) inzwischen auch über die Webseite der Rosa Luxemburg Stiftung heruntergeladen werden.

Literatur:

Charlie Kaufhold, In guter Gesellschaft? Geschlecht, Schuld und Abwehr in der Berichterstattung über Beate Zschäpe, Münster 2015, 14 €.

Protokoll 249. Verhandlungstag, 9. Dezember 2015, NSU-Watch: »Aufklären und Einmischen«! (eingesehen 11.10.2016)

Viel Lärm um Nichts – zur Einlassung von Beate Zschäpe, auf: „Nebenklage NSU-Prozess“, 09.12.2015 (eingesehen 11.10.2016)

Grauzonen - Rechte jugendliche Lebenswelten in Musikkulturen

Südtiroler Band Frei.Wild – nur ein Spiegel ihrer Gesellschaft?

Von Christian Schmitt

Musik ist und war schon immer eine zentrale Ausdrucksform von Jugendkultur. Sie dient der Identifikation mit der jeweiligen Szene und gleichzeitig als Protest- und Abgrenzungsmittel. Das ist in mehr oder minder rechten Milieus nicht anders. Wetter Redner_innen auf Pegida-Demonstrationen vor überwiegend älterem Publikum gegen „Volksverräter“, „Lügenpresse“, „Linksfaschisten“ und „Gutmenschen“, werden für derartige Parolen empfängliche Jugendliche mit der Musik einschlägiger Bands erreicht. Die Berliner Agentur für soziale Perspektiven (ASP) hat diesem Thema eine Handreichung gewidmet und zeigt anhand von Beispielen aus der Musik rechte jugendliche Lebenswelten, Ideologien und Mentalitäten sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten innerhalb dieser.

Die Broschüre wurde im Rahmen des Projekts „Grauzonen – rechte jugendliche Lebenswelten“ erstellt, das sich mit rechten Milieus in Musikkulturen sowie im Sport beschäftigt. Ziel ist es, „die inhaltlichen und strukturellen Schnittstellen zwischen extrem rechten, rechten und vermeintlich unpolitischen Szenen und Milieus“ (S. 2) auszuarbeiten. Das Projekt will damit zum Ausdruck bringen, dass „das gesellschaftliche Problem mit den ‚Rechten‘ [nicht] auf offen auftretenden Neonazismus und Rechtspopulismus zu reduzieren [ist]“ (ebd.).

Gleich zu Beginn wird die Problemlage präzisiert: Einige mehr oder weniger prominente Beispiele zeigen, wie ambivalent sich manche Künstler_innen zwischen der vorgeblichen Ablehnung von Diskriminierung, Rassismus und Extremismus einerseits und dem Herabwürdigen von Minderheiten oder dem Verbreiten völkischer Inhalte andererseits bewegen. Die Bekanntesten sind hier der Rapper Bushido, ausgezeichnet mit dem Bambi-Medienpreis in der Kategorie „Integration“ und vielfach kritisiert für seine homophoben und frauenfeindlichen Texte, und die Südtiroler Band Frei.Wild, einst für den Musikpreis Echo nominiert und in ihrem Selbstverständnis ein Spiegelbild der Gesellschaft ihrer Heimat samt derer vermeintlich völkischen Vorstellungen. Die Broschüre umreißt das Phänomen so: „Ungleichheitsideologien werden an gesellschaftliche Diskurse angepasst [...] und die Argumentation an dem ausgerichtet, was ohne negative Konsequenzen ‚sagbar‘ ist“ (S. 5).

Der erste Teil der Handreichung liefert begriffliche Grundlagen und arbeitet Ungleichheitsideologien heraus. Der Begriff „rechte Lebenswelten“ wird vom Begriff „Szene“ abgegrenzt, weil sich erst innerhalb der verschiedenen Musikszenen wie Hip-hop, Deutschrock oder Metal „rechte Lebenswelten in vielen Ausprägungen“ (S. 10) wiederfinden. Es werden theoretische Gerüste erstellt, die Mechanismen der Diskriminierung und Ausgrenzung abbilden,

sowie Ebenen der Diskriminierung und verschiedene Ungleichheitsideologien benannt (Ableism, Antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Biologismus, Chauvinismus, Heterosexismus, Rassismus, Sexismus, Sozialchauvinismus).

Vier Typen von Teilhabenden in rechten Lebenswelten

Der zweite Teil beinhaltet die Ergebnisse aus der Beobachtung einiger ausgemachter rechter Lebenswelten. Die Teilhabenden innerhalb dieser Lebenswelten werden aufgeteilt in vier Idealtypen „in Hinblick auf ihre Nähe zur politischen Rechten und ihren Selbstverständnissen“ (S. 24): Den extrem rechten, den rechten, den rechtsaffinen und den nicht-rechten Typus, wobei die Grenzen fließend verlaufen. Die gemeinsamen und unterschiedlichen Merkmale dieser Typen werden in einem ausführlichen Schema dargelegt. Anhand von Beispielen wie Rassismus, Größen- und Verfolgungswahn oder der Glorifizierung von Heimat zeigt die Broschüre, wie zentrale, konsensbildende Bezugspunkte den inneren Zusammenhalt in den untersuchten Milieus herstellen. Dies erfolgt immer anhand der Analyse ausgewählter Textpassagen einschlägiger Bands und Künstler.

Der abschließende Ausblick diagnostiziert die beobachteten Missstände als „Symptome einer Gesellschaft, die zunehmend in Teilgruppen zerfällt“ (S. 48) und innerhalb derer viele „um ihre Privilegien (als Männer, Deutsche, ‚Angestammte‘ etc.) fürchten“ (ebd.). Die künftige

Herausforderung besteht demnach darin, die Fans, die sich ehrlich von Rechtsextremismus und Diskriminierung abgrenzen, für diese Umstände zu sensibilisieren, und denen, die ihre Positionen für alternativlos erklären, auf einen Weg von Diskurs und kritischer Auseinandersetzung zurückzuführen.

Zusammenfassung

Die Handreichung „Grauzonen – Rechte jugendliche Lebenswelten in Musikkulturen“ ist eine kurze, aber informative Studie, die in einem hohen Maß an Differenzierung rechte Milieus beschreibt, die viele nicht als solche erkennen würden. Sie zeigt, dass Ungleichheitsideologien wie Homophobie, Sexismus oder die Ablehnung von Political Correctness auch im sogenannten „Mainstream“ als Bezugspunkte für junge Menschen dienen, die sich oftmals nie als politisch rechts, geschweige denn rechtsextrem verorten würden. Die Broschüre sei allen empfohlen, die sich auf diesem Gebiet einen Überblick verschaffen und das eigene Auge für rechte Tendenzen in Musikkulturen schärfen wollen.

Die Broschüre „Grauzonen - Rechte jugendliche Lebenswelten in Musikkulturen“ ist gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro zzgl. Versand und Mehrwertsteuer über die Emailadresse: mail@aspberlin.de bestellbar.

„Geh sterben“ – Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet

Von Frederik Schetter

Ein Blick in die Geschichte zeigt: Konkrete Handlungen und Sprache lassen sich nicht voneinander trennen. Sprache bildet die Grundlage für spätere Taten; durch Sprache handelt man. Umso erschreckender ist die Feststellung, dass sich aktuell in Deutschland in einigen Kontexten eine zunehmende Radikalisierung der Sprache beobachten lässt. Rechtspopulistische Politiker_innen versuchen, aus gutem Grund tabuisierte Worte wie „völkisch“ in der öffentlichen Debatte wieder zu etablieren, Demonstrant_innen verwenden NS-geprägte Begriffe wie den der angeblichen „Lügenpresse“ zur Beschreibung der aktuellen deutschen Medienlandschaft und bei Online-Artikeln über Geflüchtete dauert es meistens nur wenige Minuten, bis der erste offen fremdenfeindliche Kommentar zu lesen ist.

Speziell im Kontext des Internets stellt sich dabei die Frage, wie damit umgegangen werden kann. Kommentare sind meist anonymisiert und oft stellt sich zudem die Frage, wo die Grenze der Meinungsfreiheit erreicht ist. Die Amadeu-Antonio-Stiftung hat aus diesem Grund eine Broschüre veröffentlicht, die sich auf insgesamt 40 Seiten genau mit dieser Thematik auseinandersetzt. Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Kinder sowie der Freudenberg Stiftung geförderte Handreichung „Geh sterben“ – Umgang mit Hate

Empfehlung Fachdidaktik

Speech und Kommentaren im Internet“ geht der Frage nach, was mit „Hate Speech“ eigentlich gemeint ist und wie man sie erkennt, bietet Praxisbeispiele von betroffenen Personen und entwickelt Gegenstrategien. Gleich zu Anfang wird konstatiert, dass das deutschsprachige Äquivalent zu Hate Speech – die Hassrede – im Deutschen als Begriff noch nicht etabliert ist.

Perspektive der Betroffenen als zentraler Ausgangspunkt

Nach einigen einleitenden und kontextualisierenden Beiträgen bietet der Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch einen Überblick über unterschiedliche Definitionen und direkte sowie indirekte Formen von Hate Speech. Er sieht eine Definition, die von der Betroffenenperspektive ausgeht, als am geeignetsten an und kommt so zu dem Schluss, dass Hate Speech dann vorliege, „wenn es Menschen gibt, die sich durch diese Rede herabgesetzt oder verunglimpft fühlen“ (S. 11).

Dabei hebt er jedoch hervor, dass aus sprachwissenschaftlicher Sicht Hate Speech als solche nur dann festgestellt werden könne, wenn „eine sprachliche Äußerung oder ein Ausdruck nicht nur individuell und/oder situativ, sondern von einem wahrnehmbaren Teil der Sprachgemeinschaft als herabwürdigend und/oder verunglimpfend gegenüber einer Bevölkerungsgruppe verstanden“ (S. 12) werde. Dies ist – wie in der Broschüre auch an weiteren Stellen deutlich wird – ein zentraler Punkt: Hate Speech ist immer vom Kontext abhängig. Wie man sie im

konkreten Fall erkennen kann, wird in der Handreichung sowohl durch einen kurzen Beitrag als auch durch in informativen Boxen aufgelistete Beispiele dargestellt.

Hate Speech als Methode der Rechtsextremen

Nach einem informativen Beitrag, in dem die Bloggerin Yasmina Banaszczuk Strategien von Hate Groups im Internet herausarbeitet, gibt die Broschüre auf einer Seite einen kurzen Überblick über die Nutzung von Hate Speech durch rechtsextreme Akteur_innen. Diese nutzen Hate Speech vor allem, um neue Mitglieder zu rekrutieren, Propagandamaterial zu verbreiten und durch das Brechen von gesellschaftlichen Tabus die Deutungshoheit über Debatten zu gewinnen. Geschieht dies anfangs vor allem auf subversive Art und Weise, indem Neonazis als vermeintlich normale Nutzer_innen auftreten, so sollen im späteren Verlauf Gegner_innen zunehmend eingeschüchtert und von Rechtsextremen geprägte Begriffe in den Mainstream getragen werden. Am Beispiel des Begriffs des „Kinderschänders“ zeigt die Broschüre, dass dies teilweise auch gelingt.

Wie mit Hate Speech umgehen? Gegenstrategien und „Do’s and Dont’s“

Die zweite Hälfte der Broschüre entwickelt Gegenstrategien zu Hate Speech und bietet Einblicke in die praktische Arbeit von Personen, die sich tagtäglich mit Hate Speech auseinandersetzen oder von dieser bereits persönlich betroffen waren.

Besonders hervorzuheben sind dabei zwei Beiträge: Zum einen das Interview mit der Psychologin Dorothee Scholz und zum anderen der Artikel des Rechtsanwaltes Ansgar Koreng. Die beiden Beiträge liefern eine psychologische und rechtliche Einordnung von Hate Speech und entwickeln auf dieser Basis Lösungsmöglichkeiten. Speziell bei der rechtlichen Perspektive kommt Ansgar Koreng jedoch zu dem Schluss, dass Hate Speech durch das Recht alleine nicht lösbar sei.

Als eine wichtige Handhabe zum Regulieren von Online-Debatten und als rechtliche Absicherung werden in der Broschüre die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) hervorgehoben. „Do’s and Dont’s“ für die Formulierung und das Durchsetzen von AGBs werden genau wie die in unterschiedlichen Beiträgen herausgearbeiteten Gegenstrategien – beispielsweise das stärkere Moderieren von Diskussionen – übersichtlich und informativ auf zwei Seiten noch einmal zusammengefasst. Die am Ende aufgelistete relevante Literatur bietet jedem_r Leser_in die Möglichkeit, sich über unterschiedliche Aspekte der Thematik von Hate Speech weitergehend zu informieren.

Zusammenfassung

Die Broschüre „Geh sterben‘ – Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet“ bietet einen guten ersten Einblick in die Thematik. Es werden unterschiedliche Perspektiven und Probleme bzgl. des Erkennens von und des Umgangs mit Hate Speech deutlich. In der aktuellen Diskussion um

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachdidaktik

Geflüchtete und einer in weiteren Beiträgen des aktuellen Magazins angesprochenen Aufbruchsstimmung in der rechtspopulistischen und rechtsextremen Szene liefert die Broschüre ein starkes Plädoyer dafür, sich für eine differenzierte Auseinandersetzung mit Sprachen und Begriffen zu engagieren.

Die Broschüre „Geh sterben“ – Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet“ kann kostenfrei als PDF-Datei über die Website der Amadeu-Antonio-Stiftung heruntergeladen werden.

Aus Politik und Zeitgeschichte 40-42/2016: Repräsentation in der Krise?

„Zweidritteldemokratie“ lässt untere Schichten außen vor

Von Christian Schmitt

In der deutschen Presselandschaft ist der Zustand der Demokratie ein in den vergangenen Monaten viel diskutiertes Thema gewesen. Wachsende Politikverdrossenheit, Antiparlamentarismus und rechter Terror werfen die Frage auf, wie akut die von Rechtspopulismus und -extremismus ausgehende Gefahr für unser etabliertes Staats- und Gesellschaftsmodell wirklich ist und wie man ihr begegnen muss. Eine Ausgabe von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) aus dem Oktober 2016 sammelt zu diesem Thema sieben Beiträge und geht der Frage nach, ob eine Krise der repräsentativen Demokratie tatsächlich existiert und, falls ja, worin ihre Ursachen liegen.

Wolfgang Merkel widmet sich im einführenden Beitrag der These vom weltweiten Rückzug der Demokratie. Der Autor stellt zunächst fest, dass eine Krise der Demokratie statistisch nicht gestützt wird und dass einschlägige Indizes in globaler Hinsicht nach wie vor leichte Fortschritte anzeigen. Merkel macht auf den Anpassungsdruck als ständige Herausforderung demokratischer Systeme aufmerksam; „Institutionen und Verfahren des demokratischen Staates“ (S. 5) müssen sich Veränderungen im Inneren wie im Äußeren anpassen, um nicht dysfunktional zu werden.

Merkel zeigt weiterhin Bedingungen und Prozesse auf, die, wie etwa in Ungarn oder der Türkei geschehen, aus Krisenerscheinungen Krisen der Demokratie machen können. Er unterscheidet anhand mehrerer historischer Beispiele zwischen „akuten Krisen“, die unter Umständen zu einem Kollaps der Demokratie führen können, und „latenten Krisen“ mit schleichendem Demokratieverlust über mehrere Jahre. Aus den Befunden vergangener Analysen sieht Merkel bisher ungelöste Herausforderungen insbesondere im Bereich sozioökonomischer und politischer Ungleichheiten, jedoch keine bevorstehende existentielle Krise der Demokratie. Dennoch diagnostiziert er mit Sorge eine Art „Zweidritteldemokratie“ (S. 11), die von den gebildeten Schichten gestaltet wird und die unteren Schichten außen vor lässt. Von einer Rückbesinnung der Mitte-Links-Parteien auf „sozial-kommunitäre Forderungen“ (ebd.) hänge schließlich die „Güte und Stabilität unserer Demokratie“ (ebd.) ab und damit auch ihre Standhaftigkeit gegen chauvinistische und fremdenfeindliche Rechtspopulisten.

Ein auch in der medialen Debatte häufig herangezogener Vergleich sucht nach Analogien zwischen der Krise der Weimarer Demokratie und der heutigen Situation. Auch die vorliegende APuZ-Ausgabe nimmt sich diesem Vergleich in Person von Elke Seefried an. Die Autorin arbeitet in ihrem lesenswerten Beitrag zunächst einige Krisensymptome des Weimarer Staates

heraus. Die ungeheure Anzahl von zeitweise 15 Fraktionen im Reichstag und eine erodierende Parteienmitte führten demnach zu einer Klientelpolitik und begünstigten ein Erstarken systemfeindlicher Parteien. Der Aufschwung dieser "extremistischen" Parteien brachte gleichzeitig Gewalt durch deren paramilitärische Formationen auf die Straßen. Probleme in der Koalitionsbildung sorgten außerdem dafür, dass der Weimarer Staat die meiste Zeit seines Bestehens von Minderheitsregierungen oder Großen Koalitionen regiert wurde.

Fragmentierung des Parteiensystems seit der Wende - Weimarer Verhältnisse?

Auch wenn sowohl die innen- als auch außenpolitischen Probleme unserer Zeit nur schwer mit denen der Weimarer Republik zu vergleichen seien, sieht Seefried analoge Tendenzen: Zum einen die Wirtschaftskrise 1929/30 beziehungsweise den Börsencrash 2008 mit ihren jeweiligen globalen Auswirkungen, zum anderen die geopolitische Brisanz in Form der „fragilen Lage Deutschlands und Europas nach dem Ersten Weltkrieg“ (S. 22) beziehungsweise der Konflikte im Zuge der EU-Osterweiterung sowie Euro- und Flüchtlingskrise.

Auch im 21. Jahrhundert stellt die Autorin einen Schwund an Mitgliedern und Bindungskraft bei den großen deutschen Volksparteien fest und bilanziert eine verstärkte Fragmentierung des Parteiensystems seit der Wende mit der Erweiterung durch Linkspartei und neuerdings die AfD.

Den aktuellen Rechtsruck nennt sie ebenso wie die wachsende politische Gewalt. Die vielen Regierungsjahre der Großen Koalition bremsen Seefried zufolge zudem den „Pendelschlag des Parlamentarismus“ (S. 23.) wie einst in Weimar.

Weitere Beiträge der Ausgabe untersuchen die Konstellationen demokratischer Repräsentation und die damit verbundenen Herausforderungen an die jeweiligen Repräsentanten, arbeiten den Unterschied zwischen „Anti-Establishment-Bewegungen“ und Populisten heraus und analysieren mögliche Ursachen von und institutionelle Maßnahmen gegen die sinkende Wahlbeteiligung.

Ein Artikel widmet sich den Einstellungen junger Menschen zur Demokratie, die sie einerseits mehrheitlich befürworten, andererseits der Politik mehr und mehr den Rücken zuwenden. Thema sind außerdem Machtverschiebungen zugunsten der Exekutive bei politischen Entscheidungen, bedingt durch ihre Auslagerung in Expertengremien und Kommissionen.

Zusammenfassung

Die APuZ-Ausgabe „Repräsentation in der Krise?“ geht ihrer im Titel formulierten Ausgangsfrage aus der Perspektive verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen nach und zeichnet ein vieldimensionales Bild vom Zustand der westlichen, insbesondere der deutschen Demokratie.

Ohne die Augen vor politischen Missständen oder sozialen Fehlentwicklungen zu verschließen, leistet

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Zeitschrift

sie damit einen angenehm sachlichen Beitrag zu einer aktuell oftmals hysterisch geführten Debatte.

APuZ 40-42/2016 kann kostenfrei im Onlineshop der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) heruntergeladen werden.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Das Mobile Beratungsteam im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung „demos“

Von Frederik Schetter

Der Prävention und Bekämpfung von rechtsextremen Ideologien und dem Eintreten für demokratische Grundwerte kommt im Zuge der aktuellen Demonstrationen gegen Geflüchtete und dem Aufstieg einer rechtspopulistischen Partei wie der AfD eine zentrale Rolle zu. Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass dem Einfluss von herkömmlichen Medien und den Angeboten der politischen und historischen Bildung dabei teilweise Grenzen gesetzt sind. Um diese Grenzen zu umgehen, sind Ansätze wie die des Mobilen Beratungsteams in Brandenburg (MBT-Brandenburg) ein erfolgsversprechendes Mittel. Dieses setzt den Schwerpunkt bei der Vermittlung von politischer und historischer Bildung auf die namensgebende Mobilität und verfolgt so auf möglichst lokaler Ebene das Ziel, „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu liefern. In den letzten Jahren bildeten sich in weiteren Bundesländern ähnliche Teams, welche ebenfalls diesen vielversprechenden Ansatz verfolgen.

Kostenlose Beratung vor Ort

Die Arbeit des brandenburgischen MBTs begann bereits im Jahr 1992 im Kontext der damals zunehmenden rechtsextremen Gewalt und angesichts von Pogromszenen vor allem in ostdeutschen Bundesländern wie beispielsweise jenen in Hoyerswerda (1991) oder Rostock-Lichtenhagen (1992). Seit 1998 ist es in das Handlungskonzept

Vorstellung Bildungsträger

»Tolerantes Brandenburg - für eine starke und lebendige Demokratie« der brandenburgischen Landesregierung integriert und verfügt aktuell über insgesamt sechs regionale MBTs mit jeweils zwei Mitarbeiter_innen mit langjähriger Erfahrung.

Die in Angermünde, Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam und Trebbin verorteten, regionalen MBTs decken das gesamte Bundesland Brandenburg ab und werden in der Geschäftsstelle in Potsdam koordiniert. Diese Aufteilung und die dezentralen Strukturen ermöglichen es dem MBT-Brandenburg, eine Beantwortung von Anfragen innerhalb von 24 Stunden in Aussicht zu stellen. Anfragen sind kostenlos, werden vertraulich behandelt und stehen jeder gesellschaftlichen Initiative oder Einzelperson, welche sich für ein „Tolerantes Brandenburg“ engagieren will, offen.

„Hilfe zur Selbsthilfe“ – Anpassung bildungspolitischer Angebote an die lokale Situation

Inhaltlich bietet das MBT-Brandenburg eine Vielzahl von Angeboten aus dem Spektrum der historischen und politischen Bildung. In der aktuellen Situation besonders hervorzuheben ist das Angebot, Integrationsprozesse zu fördern, also beispielsweise bei Konflikten bzgl. der Unterbringung von Geflüchteten zu vermitteln und durch eine aktive Einbeziehung von Bürger_innen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen das Schüren von Ressentiments zu verhindern und so Rechtsextremen und Rechtspopulisten die Basis zu entziehen. Auch das

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Angebot von Workshops, Argumentationstraining und Beratung zum Umgang mit unterschiedlichen Facetten von Rechtsextremismus lässt sich in diesem Kontext herausstellen.

Die Angebote sind jedoch nicht statisch und unveränderbar. Das MBT-Brandenburg verfolgt einen anfrageorientierten Ansatz mit dem Ziel, in Absprache mit dem_der Auftraggebenden und unter Berücksichtigung der lokalen Situation die Problemlösungskompetenz vor Ort auszubauen. Sowohl eine breite Palette an bildungspolitischen Angebote als auch das Leitbild, das die Arbeitsweise und Ziele des MBTs-Brandenburg darlegt, ist transparent auf der [Website](#) dargestellt. Die Startseite kann dabei in den Sprachen Deutsch, Englisch, Polnisch, Russisch und Niedersorbisch aufgerufen werden.

Anhand dreier Beispiele von bereits abgeschlossenen Projekten, die zeitlich jeweils über ein bis zwei Jahre liefen, bietet die Website eine weitere Möglichkeit, sich einen Eindruck über Diversität und Ziele der Projekte des MBTs-Brandenburg zu verschaffen. Eine Auswahl an informativen und für die praktische Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt relevanten wissenschaftlichen Publikationen kann entweder direkt auf der Website heruntergeladen oder gegen die Erstattung der Portokosten zugeschickt werden.

Vorstellung Bildungsträger

Zusammenfassung

Wer sich in seiner brandenburgischen Umgebung aktiv gegen Rechtsextremismus und für demokratische Grundwerte engagieren will, dem bietet das Mobile Beratungsteam Brandenburg professionelle Unterstützung. Diese ist kostenlos und wird direkt vor Ort angeboten. Das MBT-Brandenburg bietet so eine Möglichkeit, zivilgesellschaftliches Engagement auf lokaler Ebene zu stärken und so Rechtsextremen und Rechtspopulisten schon möglichst früh die Grundlage zu entziehen.

Die Website des Mobilen Beratungsteams Brandenburg ist über folgenden [Link](#) zu erreichen.

Alle relevanten Adressen und Kontaktdaten finden sich unter folgendem [Link](#).

Unser nächstes Magazin erscheint am 14. Dezember 2016 und trägt den Titel „Regionalgeschichte“.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstraße 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Ingolf Seidel, Christian Schmitt, Frederik Schetter, Anne Lepper

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.